

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 8 RM., vierteljährlich 24 RM. — Versammlungsbelegungen kosten pro Seite 75 Pf. — Feil- und Geschäftsbelegungen werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schüb: Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Straßlich Damm, Himmelpforter Str. 36-42, Telefon-Nr. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Überverband Damm.

Befundung der Kaliindustrie? Eine Gewaltkur.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat in vier Sitzungen die Lage der deutschen Kaliindustrie und ihre Zukunft erörtert. Vorhergegangen waren langwierige Besprechungen im Reichsrat, in der Sozialisierungskommission, in der Arbeitsgemeinschaft für die Kaliindustrie, im Reichswirtschaftsministerium und im Reichswirtschaftsrat über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Als Ergebnis dieser sich monatlang hinziehenden Beratungen legte die Reichsregierung beim Reichstagsausschuss eine Vorlage vor, betr. Abänderung der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Kaliwirtschaft vom 18. Juli 1919. An den Ausschussberatungen nahmen als Vertreter ihrer Fraktionen teil unsere Verbandskameraden, die Abgeordneten Jansche, Köffler, Sue, Kosemann und Pieper. Kamerad Walke vom Kalirat und dessen Vorsteher, Herr Dr. Kempenaer, wurden als Sachverständige gehört. Alle Anträge, die auf eine schrittweise Sozialisierung der Kaliindustrie hinführten, wurden von der bürgerlichen Ausschussmehrheit in der ersten Lesung abgelehnt. In der zweiten Lesung wurde nur ein Antrag, der vorsieht, daß von den ausnahmsweise zugelassenen fünf neuen Schächten das Reich bzw. das betr. Land 25 Prozent der Bestände erhalten muß und bis zu 50 Prozent verlangen kann, angenommen (§ 83 g).

Zum übrigen bestimmen die neuen Vorschriften hauptsächlich: Die zurzeit geltenden Beteiligungsziffern gelten bis zum 31. Dezember 1934. Jedes Werk kann jedoch eine Neueinschätzung seines Wertes mit Wirkung vom 31. Januar 1925 verlangen (§ 83). Werke, die bis zum 1. April 1923 der Kaliprüfungsstelle die freiwillige Stilllegung erklären, behalten ihre Beteiligungquote unverändert bis zum 31. Dezember 1953 (!). Vom 1. April 1923 ab hat die Kaliprüfungsstelle zu untersuchen und der Kalirat zu bestimmen, welche Werke zu w e i s e stillgelegt werden müssen (§ 83a). Die stillgelegten Werke werden nach Maßgabe ihrer erhaltenen Beteiligungquote entschädigt von den Werken, die jene Beteiligungquote erwerben oder übertragen erhalten. Das Absteufen von Schächten bzw. das weitere Absteufen ist bis zum 31. Dezember 1925 verboten, abgesehen von sicherheitspolizeilich vorgeschriebenen Schächten. Stillgelegte Schächte, von denen anzunehmen ist, daß sie wahrscheinlich förderfähig würden, erhalten auch eine Beteiligungsziffer und dementsprechende Entschädigung, wenn die Stilllegung bis zum 31. Dezember 1953 ausgedehnt wird (§ 83e). Liegt die frühere Wiederbetriebsetzung eines stillgelegten Schachtes im volkswirtschaftlichen Interesse, so kann sie vom Reichskalirat eventl. zugelassen werden (§ 83c). Die endgültige Genehmigung der Vereinbarungen und der Preise bei einer Uebertragung (Stilllegung und Uebertragung der Beteiligungsziffer) ist Sache des Reichswirtschaftsministeriums, wenn mehr als die Hälfte der Quote länger als fünf Jahre übertragen wird. Die Entscheidung muß, mit Gründen versehen, längstens binnen vier Wochen erfolgen (§ 92a).

Es soll nun also eine Gewaltkur vorgenommen werden, um die Spekulationswut in der Kaliindustrie zu dämpfen. Ob die neuen Vorschriften dazu ausreichen, kann billig bezweifelt werden. Das privatkapitalistische Ausbeutungsrecht bleibt ja bestehen. Es ist bezweifelhaft, daß in einer Zeit, wo von den Vertretern des Kapitalismus Sturm gelaufen wird gegen die „staatliche Zwangswirtschaft“, durch die Kaliindustriellen selbst auf eine zwangsweise Stilllegungssaktion von Gesetzes wegen gedrängt wird! Wenn es sich um eine bereits sozialisierte Industrie handelte, wie würde der ungeheuerliche Zustand in der Kaliindustrie als „Bankrott der Sozialisierung“ ausproklamiert worden! Die 206 jetzt mit Beteiligungsziffern versehenen Schächte dürften 80-100 freiwillig oder zwangsweise stillgelegt werden. Die dafür von den übernehmenden Werken aufzubringenden Entschädigungen wirken so, daß in absehbarer Zeit wenigstens eine Herabsetzung der Kalipreise nicht erwartet werden kann. Sicherlich ist es ein ganz ungewöhnlicher Vorgang, durch die Gesetzgebung kapitalistischen Spekulant, die sich verpekuliert haben, eine gewisse Rentengarantie zu gewähren. Die Kosten trägt die Allgemeinheit.

Um nun wenigstens die unmittelbar betroffenen Arbeiter und Angestellten zu schützen, hat der § 85 der Bestimmungen folgende Fassung erhalten:

§ 85.
Kaliwerksbesitzer und Besitzer von Sonderfabriken dürfen
a) den ihnen zustehenden Anteil am Absatz ganz oder teilweise auf andere Kaliwerke und Sonderfabriken,
b) die Befugnis zum Absatz einzelner Sorten wechselseitig untereinander übertragen.
Werden wegen Uebertragung von Beteiligungsziffern Arbeiter oder Angestellte entlassen und beschäftigungslos, ohne eine ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeitsgelegenheit zu finden, oder erleiden sie infolge der Entlassung eine Verminderung ihres Arbeitsverdienstes, so hat der Uebertragende ihnen den Unterschied zwischen ihrem tatsächlichen Arbeitsverdienst und dem Arbeitsverdienst, der sich unter Zugrundelegung der vollen Schichtlohn- oder Gehaltsätze der letzten gültigen Lohn- oder Gehaltsliste ergeben würde, bis zur Dauer von 26 Wochen zu ersetzen.
Rehmen Arbeiter und Angestellte infolge einer derartigen Uebertragung auf einer anderen Arbeitsstelle Arbeit, die mehr als 6 Kilometer von ihrem bisherigen Wohnort entfernt ist, so sind im Falle eines hierdurch veranlaßten Wohnortwechsels von dem Uebertragenden die notwendigen Umzugskosten zu gewähren, sofern dies nicht von anderer Stelle bereits geschieht.

Arbeiter und Angestellte, welche infolge der Uebertragung von Beteiligungsziffern einen Wechsel ihrer Arbeitsstelle vornehmen müssen, daß sie unter Aufrechterhaltung eines eigenen Haushaltes mehr als 6 Kilometer davon entfernt an einem anderen Ort wohnen müssen, haben während dieses Zustandes Anspruch darauf, daß ihnen zu Lasten des die Beteiligungsziffern Übertragenden Wertes als Ausgleich für die durch den doppelten Wohnsitz ihnen entstehenden Mehrausgaben auf die Dauer von längstens 26 Wochen ein Zuschlag von mindestens 20 Prozent ihres in den letzten drei Monaten auf dem übertragenden Kaliwerk verdienten Durchschnittslohnes oder -gehaltes gezahlt, soweit nicht durch Tarifvertrag eine höhere Entschädigung vereinbart wird. Die Ansprüche, welche den Arbeitern und Angestellten auf Grund dieser Bestimmungen bei Uebertragung von Beteiligungsziffern erwachsen, stehen ihnen auch dann zu, wenn die auf die Uebertragung von Beteiligungsziffern unmittelbar oder mittelbar zurückzuführende Entlassung innerhalb des letzten Jahres vor oder innerhalb eines Jahres nach der Uebertragung vorgenommen wird.

Beschluß des 5. Ausschusses in erster Lesung.
Alle Streitigkeiten, die sich über die Höhe der Entschädigung (vgl. Abs. 7) oder über die Ansprüche der Arbeiter oder Angestellten aus diesen Bestimmungen ergeben, unterliegen der Entscheidung eines Schiedsgerichts. Das Schiedsgericht ist von der Arbeitsgemeinschaft der Gruppe Kalibergbau so zu bestimmen, daß es aus je 2 Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter und einem unparteilichen Vorsitzenden besteht. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Angestellten wirken an Stelle der zwei Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter zwei Vertreter aus den Kreisen der Angestellten mit. Den Vorsitzenden ernannt der Reichswirtschaftsminister.
Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist innerhalb von einem Monat von der Zustellung des Schiedsspruchs an der ordentliche Rechtsweg zulässig.

Uebersteigt die Uebertragung die Hälfte der Gesamtteilnahme des Uebertragenden an reinem Kali, so bedarf sie der Genehmigung der Kaliprüfungsstelle, die sich vor der Entscheidung mit der zuständigen Landeszentralbehörde ins Benehmen zu setzen hat. Bei der Ermittlung der jeweiligen Gesamtteilnahme des Uebertragenden ist der Gesamtabsatz der Kaliindustrie im Vorjahre zugrunde zu legen. Die Genehmigung ist zu verweigern, sofern volkswirtschaftliche Interessen verletzt werden. Sie ist ferner zu verweigern, solange nicht die den Arbeitern und Angestellten zustehenden Entschädigungsansprüche sichergestellt sind. Die Genehmigung kann von der Sicherung benachbarter Werke oder aus Gründen des öffentlichen Interesses von sonstigen Bedingungen abhängig gemacht werden. Gegen die Entscheidung der Kaliprüfungsstelle steht sowohl dem Kaliwerk als auch der Landeszentralbehörde das Recht der Berufung zu.
Sofern der Reichskalirat aus volkswirtschaftlichen Gründen eine Uebertragung zuläßt, dieselbe jedoch die Genehmigung der zuständigen Landeszentralbehörde nicht findet, trifft der Reichswirtschaftsminister die endgültige Entscheidung.

Ob es gelingt, durch diesen Paragraphen den Entlassenen die vorgesehene Entschädigung besser zu sichern als es durch den früheren § 85 der Fall war, muß die Praxis lehren. Jedenfalls haben die Kaliarbeiter dafür zu sorgen, daß sie sich durch eine starke Organisation ihre Rechte sichern.

Revierkonferenz für Oberschlesien.

Wir haben schon in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ an leitender Stelle den Bericht über die Revierkonferenz unserer ober-schlesischen Kameraden gebracht. Auf unserem Verbandstag in Bielefeld wurde es schmerzlich empfunden, daß unsere ober-schlesischen Vertreter am Er-fahrenen getauelt sind. Unsere Kameraden in allen Teilen Deutschlands werden erfreut sein, daß es unseren Oberschleslern endlich wieder gelungen ist, zusammenzukommen und die Fühlung und Sympathie zur Gemeinschaftsarbeit wieder hergestellt sind. Heute bringen wir nachstehend die Fortsetzung des Konferenzberichts.

In der nunmehr eröffneten Diskussion, die über drei Stunden dauerte, kamen die Kameraden aus allen Teilen des ober-schlesischen Industriegebietes zu Wort. Keiner konnte sich mit den von den Betriebsbestimmern gemachten Lohnzusatzbedingungen für befriedigt erklären. In bitteren Worten wurde die wuchernde Verteuerung der Lebensmittel angeklagt. Die Rot sei schon durch den Weltmarktlage außerordentlich verschärft worden, deshalb sei eine Aufstockung der Löhne notwendig. Den staatlichen Beamten sei eine solche Aufstockung gewährt worden. Die Rot in den Arbeiterfamilien, deren Ernährer durch die bewaffneten Hände wuchernd verteuert wurden, sei ungeheuer groß. Es sei ein wahres Elend, wie während des Aufstandes von den Inflationen gerade gegen die organisierten Arbeiter gewollt worden sei. Die nunmehr ausstehende Lohnaufstockung sei bei weitem nicht aus, die Verteuerung

der Lebensmittel auszugleichen. Wenn man diese Abmachungen heute anerkenne, so geschähe dieses nur, indem man sie als eine Abschlagszahlung bezeichne. Die Lohnfrage müsse von der Bezirksleitung weiter verfolgt werden.
Mit großem Nachdruck hob eine Anzahl der Redner hervor, daß die F. A. die noch die verantwortliche Regierung in Oberschlesien sei, also für Ruhe und Sicherheit zu sorgen habe, die Pflicht habe, den durch den Aufstand schwer geschädigten Arbeiterfamilien eine Wirtschaftshilfe zu gewähren. Andererseits wurde es sehr scharf kritisiert, daß im Jahre 1921 schon dreimal Kohlenpreiserhöhungen eingeleitet seien, ohne daß die Arbeitervertretung dabei gehört worden wäre. Angefichts dieser dreimaligen Kohlenpreiserhöhung sei die Lohnzulage noch besonders unzureichend. Die Unternehmer jögen aus dem nationalen Kampf wirtschaftlichen Profit, indem sie spekulierten auf die Uneinigkeit der Arbeiter, die sich gegenseitig erdrosselten.
Im Zusammenhang damit sprachen sich fast alle Diskussionsredner gegen die kommunistischen Sonderaktionen aus und verurteilten die Einberufung des wilden Betriebsrätekongresses in Gletow. Durch solche Aktionen würde die ohnehin von den Nationalisten herbeigeführte Fesseln der ober-schlesischen Arbeiterkraft noch größer. Den Forderungen davon hätten allein die Kapitalisten. Mehrere Betriebsräte vom Verbande haben auch an dem Gletow-Kongress teilgenommen. Sie verteidigten ihre Teilnahme mit der Erklärung, der wirtschaftliche Charakter des Kongresses sei ihnen nicht bekannt gewesen oder sie hätten es für notwendig gehalten, dabei zu sein, um zu erfahren, in welcher Richtung dort gearbeitet würde. Die hart überwiegende Mehrheit des Kongresses beurteilte die dort beschlossenen Beschlüsse als unzulässig.

mitglieder, welche an dem Kongress in Gletow teilgenommen haben. Derartige Dinge nicht wieder vorkommen. Der Verband und die anderen Gewerkschaften müssen darauf achten, daß sie ihre Betriebsräte im regelmäßigen Zeitraum zusammenberufen und instruktiv schulen. In erschütternder Weise klagten einige Diskussionsredner über die ihnen während des Weltmarktlages zugefügten schweren körperlichen Mißhandlungen. Diese Mißhandlungen hätten sie nur zu erdulden gehabt, weil sie für die freie Organisation und gegen das Losbrechen von Deutschland eingetreten seien. Es liege sich nicht beschreiben, was Hunderte und Tausende von Verbandskameraden von nationalsozialistischen Fanatikern auszuhalten gehabt hätten. Auch immer seien an 2000 Verbandskameraden nicht in der Lage, in ihre Arbeitsstätte zurückzukehren, weil sie dort von den eigenen Arbeitsgenossen Mißhandlungen befürchten. Aber es könne auch die erfreuliche Tatsache konstatiert werden, daß eine gewisse Ernüchterung in den Reihen der nationalsozialistischen Arbeitsschüler eingeleitet sei. Wahrscheinlich tragen zu diesem Stimmungswandel nicht zuletzt die trüblichen Erfahrungen, welche die aus Oberschlesien in das polnische Bergwerksrevier abgewanderten Arbeiter dort gesammelt haben. Diese Arbeiter sind schwer enttäuscht zurückgekehrt. Sie erzählen und versichern, daß die Verhältnisse der Bergarbeiter in Polen viel schlechter seien als in Oberschlesien bzw. Deutschland. Der Umstimmung zur vernünftigen Betrachtung kennzeichnete sich auch durch eine außerordentlich kleine Menge von Uebertritten zum Bergarbeiterverband aus den polnischen Organisationen. Seit Uebertragung des Auftrages bis jetzt wurden diese Uebertritte von polnischen Organisationen zum Bergarbeiterverband auf nahezu 2000 beziffert; dabei wird mitgeteilt, daß die Uebertritte weiter anhalten. Nun muß seitens der Bezirksleitung des Verbandes alles gesehen, um die eingetretenen günstigen Entwicklungen auszunutzen im Interesse der gesamten ober-schlesischen Bergarbeiterkraft.

Nachdem die Rednerliste erschöpft war, nahm Kamerad Sue das Wort und führte etwa folgendes aus: Er spreche im Namen des Verbandsvorstandes und bräde seine Freude aus über die Möglichkeit, wieder einmal mit den ober-schlesischen Kameraden zusammenzukommen. Die Verbandsleitung wie auch die gesamten Kameraden im übrigen Deutschland hätten die entsetzlichen Kämpfe in Oberschlesien mit herzlicher Teilnahme für die unglücklichen Opfer verfolgt. Eingreifen für die ober-schlesischen Mitglieder könne die Verbandsleitung gegenwärtig noch nicht in dem Maße, wie für die anderen Bergwerksreviere, weil in Oberschlesien bekanntlich eine besondere Regierung befände und eine separate Regelung der sozialpolitischen Verhältnisse Platz gegriffen habe. Während der Verband in den ersten Tagen des September für die gesamten Bergwerksreviere Deutschlands in zentraler Verhandlung eine Lohnabmachung erzielen konnte, mußte er sich damit begnügen, in Oberschlesien diese Verhandlungen separat durch die Bezirksleitung führen zu lassen. Dadurch wurde natürlich die Lage für die ober-schlesischen Kameraden ungünstig und so kann man auch verstehen, warum die erreichten Lohnzusatzbedingungen nicht befriedigend für die Arbeiter sind. An der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien hat es aber nicht gelegen. Wir sehen auch in diesem Falle wieder, wie notwendig es ist, daß die ober-schlesische Frage von den Vertretern der Entente bzw. dem Völkerverbande rasch gelöst werden muß, und zwar selbstverständlich gelöst werden muß im Sinne der Abtötung des ober-schlesischen Volkes. Solange Oberschlesien in dem jetzigen Zustande der politischen Unsicherheit schwelgt, werden insbesondere die Arbeiter darunter zu leiden haben. Es wird die nationalsozialistische Leidenschaft immer wieder ausgelebt werden können, immer wieder ist neues Blutvergießen zu befürchten. Der wirtschaftliche Effekt dieses Zustandes ist, daß das kapitalistische Unternehmertum eine weit stärkere Macht besitzt, als wenn der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Oberschlesien mit denselben Werbemitteln auftreten könnte, wie in den übrigen Bergwerksrevieren. Wenn also die Lohnzusatzbedingungen nicht befriedigen, und das ist zuzugeben, daß sie namentlich mit Rücksicht auf die hohen Preiserhöhungen unbefriedigend sind, so trägt nicht zuletzt die Schuld daran die Ungelöstheit der ober-schlesischen Frage. Von diesem Zustande der Unsicherheit profitieren die Nationalisten und die Kapitalisten.

Kamerad Sue appellierte sodann an den Verband und an das Reichsamt für Arbeit, indem er in großen Umrissen die blutigen Vorgänge beim letzten Aufbruch in Oberschlesien und mit eindringlichen Worten unter dem härtesten Beschall der Konferenzteilnehmer nachwies, daß es eine Barbarei, eine Unberührungsonderheit sei, zu glauben, mit Mitteln der brutalen Gewalt dem Wohl eines Volkes zu dienen und seine Kultur zu fördern. Der wahre Kulturkampf müsse ein erbitterter Gegner des Krieges sein. Die Bergarbeiter-Internationale der Deutschen, Polen, Franzosen, Engländer, Amerikaner, Holländer, Belgier usw. angehören, habe sich gegen die nationalsozialistische Verhöhnung und für den Völkerrfrieden erklärt. Argwohn sei es notwendig, diesen Standpunkt der Bergarbeiter-Internationale mit allem Nachdruck und mit aller Energie zu vertreten wie in Oberschlesien, von dem man sagen könne, daß es das Land der Schmerzen sei. Nicht den Haß zwischen den Nationalitäten zu säen, sei die Aufgabe eines Kulturkampfes, sondern Verständigung und Veröhnung müsse Platz greifen, im anderen Falle ginge Oberschlesien unrettbar zugrunde. Was der Krieg für Folgen gehabt habe, sehe man ja auch heute an dem Wüten der Weltkrisis, von der Kamerad Franz bereits ein Bild entworfen habe.

Gegenüber den Quertreibereien der sogenannten Kommunisten erklärt Redner, daß nach seiner Auffassung niemand mehr den idealen Sinn der kommunistischen Weltanschauung misachte als die sogenannten Kommunisten, die in der „Kohlenbahn“ und in Versammlungen in der maßlosten, rohesten Weise andenkende Kameraden beschimpfen. Mit solchen Redereien könne man ebensowenig die Menschen zur Verwirklichung des Kommunismus erziehen, wie man von Leuten, die ihre Mitmenschen mißhandeln bis aufs Blut, sagen könne, sie seien wahre Christen, auch wenn sie täglich in die Kirche gehen. Der Bergarbeiterverband könne in seinen Reihen keinen Unterschied zwischen Anhängern der verschiedenen politischen Parteien. Darum würde auch kein Mitglied ausgeschlossen nur deshalb, weil es etwa der kommunistischen Partei angehört. Ausgeschlossen müsse aber das Mitglied werden, welches sich beharrlich weigert, das Statut des Verbandes und die Beschlüsse seiner Generalversammlung zu befolgen; das sei die Grundlage, auf der eine Organisation überhaupt nur bestehen könne. Wenn es einem Kameraden im Verbandsrat nicht paßt, so habe er ja das Recht, auszutreten. Aber es kann niemand erwarten, daß er innerhalb des Verbandes seine parteipolitischen Sonderwege verfolgt, ohne daß die Verbandsleitung dagegen einschreitet. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, welche immer von der kommunistisch-sozialistischen Seite in der rohesten Weise beschimpft wird, hat jetzt bereits eine Summe von über 9 Millionen Mark gesammelt für die Unterstützung der hungernden russischen Völker. Daraus ergibt man wieder, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der auch unser Bergarbeiterverband angeschlossen ist, nicht daran denkt, parteipolitische Unterschiede in der Gemeinschaftsarbeit zu machen. Sie hilft den Hilfsbedürftigen, ganz gleichgültig, welcher parteipolitischen Gesinnung sie sind. Andererseits muß aber auch mitgeteilt werden, daß die kommunistischen Parteigruppen in diversen Ländern bisher noch nichts über die Bereitstellung erheblicher Summen für die in Rußland Hungernden verlautbarten ließen. Aus diesem Vorgang ergeben unsere Kameraden, auf welcher Seite praktische Hilfe geleistet wird und auf welcher Seite man die Hilfsbedürftigen beschimpft und sich mit großen Worten statt mit guten Taten begnügt. Redner schloß mit dem Hinweis auf die zurzeit in Genf stattfindenden Verhandlungen über das Schicksal Oberschlesiens. Er müsse ein Zustand der Verunsicherung und der Verunsicherung geschaffen werden. Wird er nicht bald geschaffen, dann muß ungeheures Unheil über dieses Land kommen. Er schloß mit dem Hinweis auf die Verhandlungen in Genf.

Millionen Menschen wäre die Folge. Unser Bergarbeiterverband hat in der Vergangenheit mit großen Opfern der ober-schlesischen Kameradschaft beigetragen. Er verläßt seine Durchsetzung auch gegenwärtig nicht, und der Verband wird sich gegen die neue Gesetzgebung nicht zurückziehen. Die Sonne des Friedens und der Freiheit wird dann auch über das schmerzgeplagte Ober-schlesien freudenspendend aufgehen! (Stillschluß, lang anhaltender Beifall.)

In kurzen Sätzen wurden die Kameraden Franz und Eick auf die einzelnen Einwürfe und Anfragen der Disziplinierungsinstruktion und betonten mit besonderem Nachdruck, die Kameraden sollten nicht glauben, daß die Bezirksleitung nicht gewillt sei, mit den Funktionären oder Betriebsräten, welche am härtesten oppositionell gerichtet seien, zusammenzuarbeiten. Im Gegenteil, man solle ruhig in die Körperlichkeiten, welche mit der Bezirksleitung zusammenarbeiten, die Kameraden mit der radikalsten Gesinnung hineinwählen. Sie würden recht bald aus der Praxis erfahren, daß die Vertreter des Verbandes bei den Verhandlungen mit den Unternehmern und bei anderen Gelegenheiten stets mit aller Energie die Interessen der Kameradschaft wahrnehmen. Der Erfolg unserer Arbeit wird aber fast beeinträchtigt, wenn in Delegierten- oder anderen Versammlungen oder an Wirtstischen usw. über die Kameraden in der Bezirksleitung geurteilt wird, als wenn diese unfähige, arbeiterverräterliche Subjekte seien. Dieses Gerücht muß endlich aufhören. Wir brauchen gegenseitiges Vertrauen, gegenseitiges Verständnis, keiner von uns fühlt sich ungeschützt, aber was wir verlangen müssen, das ist kameradschaftliches Vertrauen in unseren guten Willen, das Beste zu erreichen für die ganze Kameradschaft. (Beifall.)

Sobald wurden folgende, aus der Mitte der Konferenzdelegierten gestellten Anträge einstimmig angenommen:

1. Der Verband wird ersucht, auf die Arbeitgeber mit den anderen in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Organisationen dahin zu wirken, daß sobald wie möglich den Invaliden Deputatlohn gewährt wird.
2. Es ist dringend notwendig, daß die Stieberskundschaft in Ober-schlesien eingeführt wird, wie im Westen Deutschlands, denn es ist eine Angehörigkeit, die Arbeiter Ober-schlesens als Arbeiter anderer Klassen anzusehen.
3. Das Kindergeld ist bis zum 17. Lebensjahr im Tarif festzusetzen.
4. Der Verband soll mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für das baldige Inkrafttreten des Reichs-Knappschaftsgesetzes eintreten.
5. Die allgemeine Konferenz der Bergarbeiter fordert die schleunigste Aufhebung der Berggewerbesteuer.
6. Die heutige Konferenz ersucht die Bezirksleitung, sich des Grubenrettungswesens mehr anzunehmen und in der Arbeitsgemeinschaft dahin zu wirken, daß diese in der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband die Reorganisation im Grubenrettungswesen durchführt.

Ein Antrag, der verlangt, das ober-schlesische Gewerkschaftsblatt soll wieder in derselben Form erscheinen wie vor der Volksabstimmung, wurde der Bezirksleitung zur weiteren Behandlung übergeben.

Den Abschluß dieser Erörterung bildete die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse:

„Die am 23. September in Königsbrunn tagende Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands protestiert auf das Schärfste dagegen, daß der Arbeitgeberverband die Situation, wie sie infolge der nationalen Schwierigkeiten heraus entwickelt hat, zu seinem Vorteil ausnützt. Die bewilligten Lohnzulagen sind in keiner Weise ausreichend, um die Mehrausgaben zu decken, die durch die Teuerung zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig sind. Die Konferenz betrachtet die bewilligte Lohnzulage nur als Abschlagszahlung und beauftragt die Bezirksleitung, die Lohnfrage weiter zu verfolgen.“

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Interalliierte Kommission, deren Aufgabe es war, den Auffstand zu verhindern, verpflichtet ist, die durch den Auffstand herbeigeführte schwere Not der ober-schlesischen Arbeiterklasse durch die Gewährung einer Wirtschaftskreditlinie zu lindern. Die Konferenz beauftragt die Bezirksleitung ferner, energische und geeignete Schritte zu unternehmen gegen die wucherische Preissteigerung aller notwendigen Bedarfsartikel.

Mit der Tätigkeit der Bezirksleitung erklärt sich die Konferenz einverstanden und spricht ihr Vertrauen aus. Im Zusammenhang damit verurteilt die Konferenz die Sache, die von kommunistischer Seite gegen die Leitungen der Gewerkschaften geführt wird. Sie verlangt insbesondere auch, daß die Betriebsratsmitglieder Disziplin halten und nicht an Zusammenkünften teilnehmen, die sich gegen die gewerkschaftlichen Organisationen richten.“

Damit war die eigentliche Tagesordnung der Konferenz erledigt. Unter Verschiedenes und Verhandlungsangelegenheiten wurde noch die Frage der Tagesfrage erörtert. Dabei wurde von Vertrauensleuten mitgeteilt, daß während des Mai-Juni-Aufstandes die Verbandsorganisation ihre Tätigkeit zeitweilig habe ganz einstellen müssen, weil Tausende unserer Kameraden flüchten mußten, viele konnten auch heute noch nicht zu

ihrer Familie zurückkehren. Es ist leicht verständlich, daß es die erste Sorge sein müßte, die Weichen der Organisation wieder zu festigen. Das geschieht in der nächsten Zeit. Es entspricht aber den besten Interessen der Kameraden, wenn die Festlegung der Tagesfrage der Delegiertenversammlung überlassen wird. Es muß betont werden, daß die Entscheidung über Ober-schlesien recht bald erfolgen muß, damit auch unsere organisierten Betriebsräte nicht in die gleiche Lage kommen. In diesem Sinne stimmte die Konferenz einem Beschlusse der Bezirksleitung zu.

Ferner wurden die Wahlen der Delegierten vorgenommen zu der Bezirkskommission, dem Betriebsrat und der Betriebsrätekonferenz des Bergarbeiterverbandes, die wahrheitsgemäß im November in Magdeburg abgehalten werden wird. Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt, und es wurde die Tagesordnung der nächsten Tagung mit einem Beschlusse angenommen. In diesem Sinne stimmte die Konferenz einem Beschlusse der Bezirksleitung zu.

Proletarische Verständigung. Eine Friedensdemonstration in Belgien.

Nachdem die Arbeiter in Belgien sich abgefunden haben, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Es ist leicht verständlich, daß es die erste Sorge sein müßte, die Weichen der Organisation wieder zu festigen. Das geschieht in der nächsten Zeit. Es entspricht aber den besten Interessen der Kameraden, wenn die Festlegung der Tagesfrage der Delegiertenversammlung überlassen wird. Es muß betont werden, daß die Entscheidung über Ober-schlesien recht bald erfolgen muß, damit auch unsere organisierten Betriebsräte nicht in die gleiche Lage kommen. In diesem Sinne stimmte die Konferenz einem Beschlusse der Bezirksleitung zu.

Die belgischen Gewerkschaften beschäftigten sich zurzeit lebhaft mit der Frage der Betriebsräte. Um sie gründlich zu besprechen, hatte die Generalversammlung der Gewerkschaften zusammen mit der Arbeiterbildungszentrale für die Zeit vom 1. bis zum 10. September nach Morlanwelz, einem Städtchen in der Nähe von Charleroi, eine „Gewerkschaftswoche“ einberufen. Die Genossen de Brouckere und de Man behandelten die Frage vom ideologischen Standpunkt, während andere Genossen darlegten, wie weit bereits in ihren einzelnen Organisationen praktische Schritte unternommen wurden.

Um von den Erfahrungen in anderen Ländern zu profitieren, hatte man einige ausländische Genossen eingeladen, an der Gewerkschaftswoche teilzunehmen und über die Regelung der Betriebsrätefrage in ihrer Heimat zu berichten. Aus Frankreich wurde Merheim, aus Italien Dugoni, aus England Laoki erwartet, während der Genosse Sassenbach, der bereits im Juli im Brüsseler Volkshaus einen Vortrag über die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege gehalten hatte, über die Regelung der Betriebsrätefrage in Deutschland sprechen sollte. Dugoni und Laoki waren am Erscheinen verhindert, während Merheim und Sassenbach anwesend waren und die angekündigten Vorträge hielten.

Die unter sozialistischem Einfluß stehende Verwaltung der Provinz Sainau hatte für die „Gewerkschaftswoche“ ein großes Schulinternat zur Verfügung gestellt, das wegen der Ferien leer stand. Dadurch wurde auch die Unterkunft leicht geregelt, indem die Kursteilnehmer die einfachen aber mochtlichen Zimmerchen der Schüler benutzen konnten. Auf diese Weise lebten die dreiunddreißig Teilnehmer wie eine große Familie zusammen. Gemeinsamer Unterricht, gemeinsame Mahlzeiten, gemeinsame Ausflüge, gemeinsame Unterhaltung. Eine glänzende Gelegenheit, miteinander bekannt zu werden und sich über gemeinsame Bestrebungen und Hoffnungen zu unterhalten, nicht zuletzt für die ausländischen Gäste. Die Veranstaltung verlief in größter Harmonie und wird jedenfalls dazu beitragen, das gewerkschaftliche Leben in Belgien zu stärken und zu vertiefen.

Da nicht alle Teilnehmer im Internat untergebracht werden konnten, hatte man für einige, darunter auch für Sassenbach, in einem Hotel Unterkunft bestellt. Hierbei ergab sich nun ein Zwischenfall, indem am späten Abend beim Eintragen in die Hotelkassa der Wirt ablehnte, einem Deutschen Unterkunft in seinem Hotel zu gewähren. Da kein Zutreden half, erklärten sämtliche im Hotel untergebrachten Kursteilnehmer, daß sie dann auch sofort das Hotel verlassen würden. In einigen Minuten hatte ein jeder sein Gepäck zusammengepackt, und so zog denn ungefähr ein Duzend Deputierte, Gewerkschaftsführer und Journalisten gegen 12 Uhr aus. Die belgischen Genossen betrachteten dieses als eine Selbstverständlichkeit, aber jedenfalls war es ein Zeichen tiefer proletarischer Solidarität. Das Hotel blieb für diese Nacht völlig leer und kein Kursteilnehmer hat das Lokal wieder betreten, hingegen haben die Arbeiter von Morlanwelz zweimal Gelegenheit genommen, vor dem Hotel ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Da noch nicht alle Kursteilnehmer eingetroffen waren, ließ sich für diese eine Nacht eine Unterkunft im Internat besorgen, während am anderen Tag Privatquartier in der Stadt besorgt wurden.

Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich.

Die Genossenschaft von La Louvière, einem Nachbarstädtchen, hatten die Kursteilnehmer zu einem Empfangsabend mit Butterbrot, Gelas und Ansprachen eingeladen; dabei sollte auch Sassenbach reden. Als dieses in La Louvière bekannt wurde, füllten sich einige Ueberpatrioten (solche Rindviecher gibt es in allen Ländern) in ihren heiligsten Gefühlen verletzt. In einem Aufruf protestierten sie im Namen von 40000 gefallenen Belgiern dagegen, daß ein Deutscher nach La

Louvière kommen und dort öffentlich sprechen sollte, sie forderten die Bevölkerung, besonders die Kriegsteilnehmer und ehemaligen Deputierten zu einer Demonstration auf, um denen, die den „Böcher“ eingeschrieben hatten, ihre Unzufriedenheit und ihre Verachtung entgegenzusetzen.

Damit hatte man den belgischen sozialdemokratischen Arbeitern den Fehdehandschuh zugeworfen und diese nahmen ihn auf. Die Führer der Arbeiterorganisationen des Industriebezirks kamen sofort zusammen und beschloßen einstimmig, daß Sassenbach auf jeden Fall sprechen, und daß der angekündigten Demonstration eine Gegenemonstration entgegenzusetzen sei. Die Arbeiterklasse wurde mobil gemacht, und am Freitagabend strömten mit den Bahnen, den Trams und zu Fuß rund 12000 Arbeiter in La Louvière zusammen. Eine Demonstration überläufiger Art. Der Aufruf, mit dem Sassenbach nach La Louvière ging, bildete sich in einem Nachbarort. Sassenbach erhielt eine Ehrengarde aus ehemaligen Kriegsteilnehmern und Deportierten, nicht weil dieses zum persönlichen Schutze nötig gewesen wäre, sondern um zu betonen, daß diese beiden Schuppen, die von den Ueberpatrioten besonders aufgerufen waren, es entschieden ablehnten, die Deutschen hinhinzumachen.

Am Ausgang der Straße, die zu dem Plage führt, an dem das Volkshaus liegt, hatten sich die Patrioten aufgestellt, anscheinend, um dem Zuge der Sozialisten den Zugang zu verwehren. Sie wurden in einigen Sekunden zur Seite gedrückt und außer Tätigkeit gesetzt, wobei ihre Schilde vernichtet und ihre Fahnen ignom abgenommen wurde. Die Fahne wurde dann am anderen Morgen auf dem Bürgermeisteramt abgegeben.

Im Saale hatten rund 1500 Personen Platz, für die übrigen wurde auf dem Platz vor dem Volkshaus eine Versammlung abgehalten. Ein Versuch, diese Versammlung durch Suspensignale zu lösen, war schnell erledigt.

Als Sassenbach zusammen mit de Brouckere, de Man, dem sozialistischen Abgeordneten des Kreises und den Sekretären der belgischen Gewerkschaftszentrale die Bühne betrat, brauchte ein Beifallssturm los, ganz spontan erhob sich die ganze Versammlung und sang die Internationale. Der Beifallssturm wiederholte sich, als Sassenbach das Wort ergriff, und als er seine Rede beendete. Vor ihm hatte der sozialistische Abgeordnete Manfert gesprochen, der am Schluß seiner Rede auf Sassenbach zuschritt und ihm die Hand reichte. Die Reden de Brouckere und de Mans, die beide den Willen zum brüderlichen Zusammenarbeiten mit den Arbeitern Deutschlands betonten, wurden ebenfalls mit Brausen dem Beifall aufgenommen.

Es war eine Demonstration von überwältigendem Einbruch, vor allem, da sie nicht vorbereitet war und infolge des Vorgehens der Ueberpatrioten ganz von selbst entstand. Ihre große Bedeutung hat sie noch aus einem anderen Grunde. Gerade die Industriebezirke von La Louvière hat durch die verbrecherischen Zwangsdeportationen am meisten gelitten, was man an Einzelfällen hört, ist erschütternd. Daß aus einzelnen Orten an 20 Prozent der Bevölkerung deportiert wurden und daß von den Deportierten an 20 Prozent in Deutschland starben, ist in Deutschland selbst kaum bekannt, läßt aber verstehen, daß die Bevölkerung, auch die Arbeiter mit Haß und Groll gegen Deutschland erfüllt waren. Daß in einem solchen Bezirk eine so überwältigende Demonstration zugunsten des Brüderfriedens und der proletarischen Verständigung möglich war, hat nicht allein die belgischen Patrioten, sondern auch belgische Sozialisten überstrahlt; diesen hat sie Mut zum weiteren Arbeiten im Sinne der Brüderverständigung gegeben, jene mit Mut erfüllt, und diese Mut lobt sich noch immer in der belgischen Kapitalistenpresse aus.

Dieses war der zweite Streich, doch der dritte folgt sogleich.

Am Tage nach der Versammlung in La Louvière erhielt der sozialistische Bürgermeister von Morlanwelz ein Schreiben der katholischen Vereinigung und der katholischen jungen Garde des Ortes, durch das er aufgefordert wurde, Sassenbach innerhalb 24 Stunden aus Morlanwelz zu entfernen. Sassenbach erhielt von denselben Anhängern der katholischen Kirche die Aufforderung, innerhalb 24 Stunden den Ort zu verlassen; falls dieses nicht geschähe, würde ihm etwas passieren, das ihm nicht angenehm wäre. Der Bürgermeister antwortete, daß er keine Veranlassung hätte, der Aufforderung nachzukommen, und Sassenbach hat überhaupt nicht geantwortet. Dagegen haben die Kursteilnehmer sagen lassen, daß Sassenbach keine Minute früher abreisen würde, als sein Aufruf ausgeführt wäre und als er selbst wünschte.

Jedenfalls kann angenommen werden, daß dank dem Eingreifen der belgischen Ueberpatrioten die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der belgischen und der deutschen Arbeiterklasse bedeutend gestärkt worden sind, daß man sich näher gekommen ist und bald wieder instand sein wird, vertrauensvoll und freundschaftlich miteinander zu arbeiten.

Vollswirtschaftliche Rundschau. Peter Rüdner gegen den Nihilkudentag.

In der Generalversammlung der Lothringer Stätten- und Bergwerkbereinig. u. G. hat der bekannte Großindustrielle Peter Rüdner sich ausführlich über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands geäußert. Nach seiner Ansicht ist eine dauernde Besserung der Markt-

Bücher und Schriften. Spitzbergen

von Fridtjof Nansen. 328 Seiten mit 180 Abbildungen, Karten und Diagrammen nach Zeichnungen des Verfassers. Brockhaus, Leipzig, 1921. Gebunden 70 Mk., in Leinwandband 90 Mk.

Der außerordentliche Reichtum Spitzbergens und seine Ausbeute ist in letzter Zeit vielfach in der Presse und besonders in unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ erwähnt worden. Es muß überlassen, zu erfahren, daß eine dem Nordpol benachbarte Insel, die zum größten Teil von einer mächtigen Eisdcke überzogen ist, durch ein wertvolles Mittel zur Erzeugung von Wärme ausgezeichnet sein soll. Nansens neues Buch „Spitzbergen“ (geb. 70 Mk., Brockhaus, Leipzig) kommt hier gerade recht. Es bietet volle Aufklärung über das Wie und Warum des erstaunlichen Reichtums. Nansen schildert in seiner bekannten klaren Darstellung, wie im Lauf von Jahrzehnten aus den Sumpfwäldern mit ihren einer warmen Zone angehörigen Bäumen mächtige Steinöfenlager entstanden sind, und unterrichtet auch über die besten Wege zur Ausnutzung dieses Naturgutes der Insel. Daß der Bergbau auf Kohlen und die Verfrachtung in einem Land, das den Sommer kaum kennt, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, macht Nansen in drastischen Bildern klar. Selbst da oben im ewigen Eis gab es Arbeiterunruhen und Streiks, die die Förderung und den Transport der Kohlen lahmlegten. Nansens „Spitzbergen“ ist auch sonst ein prächtiges Werk, ein eckler Nansen, in der meisterhaften Schilderung jener polaren Inselgruppe, insbesondere des jetzt in winterlichen Eisbanden regten Lebens der Natur. Wie im Film rollt sich die Entwicklungsgeschichte des Landes und der Spitzbergen umgebenden Meere vor uns ab. Wir sehen mächtige Ströme, größer als die Wolgan, den Meresidobden durchziehen, heute der Grund einer Tiefsee, vor ungezählten Jahren aber Heiland; riesige Eismassen bewegen sich tief unter dem Meerespiegel und das Eis der warmen Meeresströmungen aus dem Süden und der Küsten, das hier her eindringenden Ströme bedingt außerordentlich wichtige Folgen für die Gestaltung des Klimas in Europa. In stiller, zäher Arbeit trägt das Gletscheris die mächtigen Eisblöcke und laden Spitzbergens Eis und lagert die Schuttmassen zu einer gleichförmigen Ebene. Der wasserdurchlässige, unter der Frostbedeckung sich hin und her schwebende Boden ordnet sich zu eigenartigen Kanalsystemen und Feinrinnen, die eine besondere Eigenartigkeit Spitzbergens sind. Nansen hat auf seiner Reise nach Spitzbergen, die er auf seiner letzten Winterrunde in Begleitung seines Sohnes ausführte, dem Meer mit Hilfe selbstgebauter Instrumente wichtige Beobachtungen entlockt. An Abenteuer und Jagderlebnissen fehlt es in dem Buch nicht, und obenbrein zeichnet es sich durch fähige Skizzen über die menschliche Existenz aus, die gerade in unserer Zeit ergötzlich zu lesen sind. Es findet der Leser in dem neuen Buch reiche Unterhaltung neben der Belehrung und obenbrein: erfreut er sich an den künstlerischen Photographien und Zeichnungen von der Hand Nansens, zu denen auch die Karten gehören, insbesondere eine große Karte Spitzbergens nach der Art der vor Jahrzehnten üblichen Seelarten.

Das Werk, das reich mit künstlerischen Abbildungen nach Nansens Photographien und eigenhändigen Zeichnungen und auch mit interessanten Karten ausgestattet ist, umfaßt eine Fülle herrlicher Natur-schilderungen, Berichte von Abenteuern und Jagden und trefflichen Beschreibungen über wichtige, bisher unbekannte Naturvorgänge auf der Insel und den umgebenden Meeren. Nicht nur den Reichtum Spitzbergens lernen wir kennen, sondern es wird uns auch die wasser-schichtige Stellung der polaren Insel klar, die die Wetterkarte Europas zu kennen ist. Denn in Spitzbergen wird, wenn man so sagen darf,

das Wetter für Mitteleuropa gemacht, und Nansen zeigt, wie man aus diesen wichtigen Tatsachen den richtigen Nutzen ziehen kann. Im Einverständnis mit dem Verlag Brockhaus entnehmen wir dem Buch folgenden Abschnitt:

Amerikaner auf Spitzbergen.

Als wir in den Adventsford einbogen, sahen wir ein Dampf-schiff weit draußen in der Mündung des Eisfjordes vom Meer heretkommen. Das mußte wohl endlich die erwartete „Munroe“ sein. Vor dem Kai unterhalb der Kohlengruben sahen wir ein paar Bojen. An der äußersten, einem hohen, runden Eisfelsen, lagten wir an. Rolf sprang vom Ruderbaum auf die Boje, um festzumachen. Als der Strom „Besinnend“ abtrieb und die Trosse sich anspannte, legte sich die Boje nach der Seite über.

„Sie wird doch nicht kentern?“, sagte Rolf und kletterte wieder hinauf, um nicht ins Wasser zu fallen. Aber er fand auf diesem runden, glatten Felsen nirgends Halt. Seine Miene wurde recht ernst, als er ganz langsam mit der Boje umherum glitt und ins Wasser getaucht wurde. Glücklicherweise kam er gerade über die Trosse, und wir zogen ihn an Bord.

Hier war also der Ort, wo die amerikanische Gesellschaft sich eingerichtet hatte. Es war der größte Versuch, den Reichtum Spitzbergens auszunutzen. Zunächst hatten die Amerikaner die Bergbaurechte von einer norwegischen Gesellschaft gekauft, die den Anfang gemacht hatte. Die Arbeit war gewesen, die Grube in Betrieb zu setzen und sie dann für einen guten Preis wieder zu verkaufen. Aber das war bisher nicht geglückt, und nun geht es zu versuchen, ob sie selber einen Profit herauswirtschaften könnten. Aber auch das war noch nicht geglückt und viel Geld war in das Unternehmen gesteckt worden.

Die Gesellschaft hatte im letzten Winter ein paar hundert Arbeiter gehabt und hatte eine beträchtliche Menge Kohle gefördert. Aber dann gab es Schwierigkeiten, die Kohlen nach Hause zu schaffen, und fast alle Arbeiter mußten sie die Arbeiter nach Hause schicken.

Hier waren vorläufige Karis aus Holzbojen; sie sahen aber nicht aus, als ob sie dem Eis widerstehen könnten. Hoch oben an dem Fels-abhang war der Eingang zu den Gruben. Davor lagen große Berge Kohlen; eine Drahtseilbahn führte von dort auf hohen Holzmasten herab.

Ich ging an Land, um zu hören, ob man hier etwas von dem Petroleum wollte. Das mit dem erwarteten Schiff kommen sollte. Ich nahm auch die Post und die Telegramme mit, die ich auf Bitten des Telegraphenamtsvorsitzenden von Green Harbour mitgebracht hatte.

Das Tal hinauf führte eine ganze Straße von Arbeiterbaracken. Sie trug den hohen Namen Longher City, nach einem Gründer der Gesellschaft. Ich suchte die beste, höchstgelegene Baracke, sie mußte wohl die Direktorenwohnung sein. Dort traf ich auch einen Mr. Furness, einen nicht übertrieben wohlhabenden jungen Amerikaner, der behauptete, er sei der Direktor.

Von dem Petroleum wollte er nichts, sagte er, das müßte ich mit dem Kapitän des Schiffes, wenn er käme, selber ordnen. Er nahm die Telegramme, die ich mitgebracht hatte, und setzte sich hin, um sie zu lesen. Furness sah er mich an der Tür stehen und bat mich zu warten, während er die Antwort schrieb, die ich nach Green Harbour mit zurücknehmen sollte.

Ich antwortete, wenn er etwas mitteilen wollte, sollte er es an Bord der „Besinnend“ bringen; dann ging ich weiter ins Tal hinein. Es war wirklich kein Wunder, wenn Leute von so wenig Lebensart mit den Arbeitern Ungehörigkeiten betreiben.

Ich kletterte den Berggang hinauf und sah mir an, was hier ge-
leitet werden war.

Wohin ein Eingriff in die einsame Ruhe dieser Natur! Diese häßlichen Arbeiterbaracken mitten im Tal und die Drahtseilbahnen und Kraft-

leitungen, die am Berg in die Höhe führen. Ein Schreiender Gegenfall! Und dazu das Leben aller dieser Menschen mit Streiks und Unruhen obenbrein, unter einer Leitung, deren Erziehung so viel zu wünschen übrig ließ. Nein, das war kein verlockender Aufenthalt, und ich begab mich wieder an Bord.

Die Marxische Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie

von Heinrich Cunow (Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin), Zwei stattliche Salfeisenbände.

Während der erste Band sich besonders mit der Entwicklung der Gesellschafts- und Staatstheorie vom griechischen Altertum bis auf Marx beschäftigt und nur in den drei letzten Kapiteln die Marxische Gesellschaftsauffassung behandelt, ist der zweite Band im Oktober erscheinende zweite Band, der 352 Seiten umfaßt, fast ausschließlich der Marxischen Soziologie und Gesellschaftsauffassung gewidmet. Die Stellung von Marx und Engels zur Nationalitätenfrage und zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Marxische Klassenkampfstheorie und ihre verschiedenen Auslegungen, die Anschauungen über die primitiven Formen des Gesellschafts- und Familienlebens, die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften als Grundlage der sozialen Lebensverhältnisse sowie das Verhältnis des Marxismus zur Ransschen Ethik werden ausführlich dargelegt.

Besonders eingehend aber beschäftigt sich Professor Cunow im 6. bis 8. Kapitel (ungefähr 90 Seiten) mit der Marxischen materialistischen Geschichtstheorie und den von den verschiedensten Seiten, auch von deutschen und ausländischen Marxisten, gegen sie erhobenen Einwänden. Bisher gibt es weder in der deutschen noch irgendeiner anderen Literatur ein Werk, das unter Bezugnahme auf mannigfache Beispiele aus dem geschichtlichen Entwicklungsgang der Völker eine so scharf umrissene, kritische Darstellung der Marxischen materialistischen Geschichtsauffassung bietet. Das Schlusskapitel schildert ferner die Marxischen Ansichten über den gesellschaftlichen Umbildungsprozess und die Entwicklung zum Sozialismus sowie die in diesem Prozess zum Durchbruch kommenden Bewegungstendenzen.

Der Preis des Gesamtwerkes beträgt bei Vorbestellung bis zum 15. Oktober d. J. 90 Mk. (statt 100 Mk.), für den zweiten Band 45 Mk. (statt 55 Mk.). Der erste Band hat sowohl in der politischen und wissenschaftlichen Presse sowie im Volkstum eine so großen Anfang gefunden, daß die mit dem Erscheinen des zweiten Bandes herauskommende Neuauflage wiederum rasch vergriffen sein dürfte.

Vollswirtschaftliche Rundschau. Das Bild, G. m. b. H.

Das Bild der Genossenschaft ist der Vertrieb originalgetreuer Wieder-gaben von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Ausschaltung jeden Kapitalgewinns soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken alter und neuer Meister vertraut zu machen. Die Genossenschaft verfolgt also gemeinnützige Zwecke und verdient die Unterstützung aller Volksgenossen. Die Beitrittsgebühr beträgt 2 Mk. und ist bei Anmeldung zu zahlen. Die Höhe des Geschäftsanteils ist auf 10 Mk. festgesetzt. Aufnahmefähig ist jede geschäftsfähige Person. Im Vorstand und Aufsichtsrat sitzen bekannte Genossenschaftsmitglieder des graphischen Gewerbes, und haben sich die graphischen Verbände selbst durch Ent-nahme einer großen Anzahl von Anteilen weitgehenden Einfluß ge-sichert, wodurch die Einhaltung der oben erwähnten gemeinnützigen Richtlinien in jedem Fall gegeben sein dürfte. Ein künstlerischer Beirat steht dem Vorstand und Aufsichtsrat zur Seite. Die ersten Welter-gaben (oder ungerahmte) kommen im Ende November zum Verkauf; der Preis soll ein möglichst möglicher sein. Alle nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Otto Günther, Berlin-Mitte, Am Charlottenplatz 10.

durch eine Eröffnung der Goldminen begw. durch die freiwillige Beschaffung der Devisen nicht zu erreichen. Der einzige Weg, eine Besserung der Verhältnisse zu erzwingen, sei Mehrarbeit. Die schematische Festhaltung des Wochentages müsse aufgegeben werden. Das deutsche Volk müsse nicht nur zur Erfüllung, sondern zur Mehrarbeit zwingen. Erfüllung aufzuerkennen werden.

Peter Klöcker hat sich an die falsche Adresse gewandt. Das eine Steigerung der Leistungen des deutschen Produktionsapparates herbeigeführt werden muß und kann, ist bereits von den Wirtschaftspolitikern aller Richtungen des öfteren betont worden. Es kann sich aber nicht darum handeln, diese höhere Produktivität durch eine weitere Verschlechterung der Existenzbedingungen der durch den Krieg und seine Folgen ohnehin schon in ihrer sozialen und kulturellen Entwicklung stark gehemmten Arbeiterklasse herbeizuführen. Klöcker mußte wissen, daß Deutschland aus seinem Exportgeschäft viel größeren Nutzen ziehen und seine Arbeiter bedeutend besser bezahlen könnte, wenn ganz allgemein rationeller gewirtschaftet würde. Der ganze Apparat der Warenverteilung und der Rohstoffbeschaffung arbeitet viel zu umständlich und zu teuer. Aus dem Erlöse der deutschen Exporte fließen Unsummen als unerschöpfte Zwischengewinne in die Taschen von Leuten, die wieder im Produktionsprozeß, noch beim Vertrieb der Waren nennenswerte Leistungen aufzuweisen haben. Obwohl der Warenumsatz im Inlande ebenso wie der Export zurzeit kaum 50 Prozent des Durchschnittes der letzten Friedensjahre erreicht, ist doch die Zahl der selbständigen Handelsfirmen gegenüber der Vorkriegszeit noch ganz erheblich gestiegen. Die Lebenshaltung der Inhaber von Import- und Exportfirmen, der Konsumfirmen, der Automobilhändler und anderer Kategorien dieser Art läßt nicht gerade darauf schließen, daß sie schlecht verdienen. Diese Verschwendung im Handelsgewerbe bedeutet nicht nur eine Verteuerung des Warenumsatzes, sondern sie führt auch zu recht unerwünschten Konkurrenzkämpfen zwischen den deutschen Firmen am Auslandsmarkt. Würden die Erzeugnisse der deutschen Industrie in rationeller Weise vertrieben, so wäre selbst bei wesentlich erhöhten Arbeitslöhnen noch ein guter Nutzen zu erzielen, durch den sich die deutsche Zahlungsbilanz erheblich verbessern würde.

Eine weitere Steigerung der Leistungen der deutschen Wirtschaft wäre möglich, wenn der jetzt üblichen Verschwendung des Goldmarktkapitals der Industrie durch Ausgabe von Giraaktien oder durch Gewährung hoher Bezugsrechte an die Aktionäre Einhalt geboten würde. Die von den deutschen Aktiengesellschaften neuerdings in großem Umfang vorgenommenen Kapitalerhöhungen dienen bekanntlich nicht der Kapitalbeschaffung und der Erweiterung der Produktionsmittel, sondern der Ausschüttung von Extragewinnen an die Aktionäre und der Steuerhinterziehung. Würde ein erheblicher Teil der aus dem Produktionsertrag fließenden Gewinne zum Ausbau der industriellen Anlagen und zu Neubauten verwendet, so könnte bei sonst rationaler Wirtschaft das Geze der Arbeitslosen Beschäftigung finden und eine höhere Produktivität der deutschen Industrie herbeigeführt werden. Durch die Einschränkung der Waren- und Börsenspekulation könnten noch Tausende und Abertausende sinniger Abspeise genötigt werden, sich um ihre Fähigkeiten in den Dienst der Produktion zu stellen, statt, wie bisher, ein Drohnenwesen zu führen. Es gibt also noch andere Wege, die Leistungen der deutschen Wirtschaft zu steigern, als durch Befestigung des Wochentages.

Existenzminimum: 70 000 Mark.

Die Unternehmer benutzen jede Gelegenheit, um der Öffentlichkeit vorzulegen, daß die Kosten des Lebensunterhalts keineswegs so gering seien, wie dies von den Angestellten und Arbeitern geschätzt wird. Es ist klar, daß die Unternehmer zur Durchführung ihrer Sozialpolitik ein Interesse haben, die Lebensunterhaltungskosten so niedrig als möglich anzugeben. Wie in Wirklichkeit die Handwelt die Verteuerung der Lebenshaltung einschätzt, beweist folgender Brief, den die Deutsche Bank in Berlin an einen ihrer amerikanischen Geschäftsfreunde richtete:

Berlin, den 11. August 1921.

Herrn

Auf den weiteren Inhalt Ihres Briefes erlaube ich mir zu hoffen, zu erwidern, daß die Kosten, welche die Lebenshaltung in Deutschland zurzeit erfordert, abhängig sind von der Größe der Familie und von den Ansprüchen, die gestellt werden. Eine Familie von drei Personen dürfte gegenwärtig zu ihrem Unterhalt eine Summe von 70 000 M. jährlich gebrauchen, wobei es ziemlich gleich bleiben dürfte, ob der Aufenthalt in Berlin oder Hamburg genommen wird. Im allgemeinen kann man sagen, daß das Leben in Deutschland augenblicklich fünfzigmal so teuer ist als in der Vorkriegszeit.

Wir empfehlen uns Ihnen

hochachtungsvoll

Deutsche Bank. (Unterschriften.)

Die Deutsche Bank gesteht also zu, daß das jährliche Existenzminimum für eine dreifache Familie 70 000 M. beträgt und daß die jetzigen Kosten der Lebenshaltung in Deutschland um fünfzigmal höher als in der Vorkriegszeit einzuschätzen sind. Der Brief der Deutschen Bank bietet allen Organisationsvertretern bei Tarifverhandlungen ein Beweismittel, den Unternehmern klarzumachen, daß die Entlohnung sehr weit hinter den gegenwärtigen Preisverhältnissen zurückbleibt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Tarifschmarozter.

Zu den unerfreulichsten Erscheinungen der Zeit gehören jene „Arbeitskollegen“, die sich von jeder Organisation und jeder Leistung an und für eine solche mit dem Gedanken fernhalten, daß die Ergebnisse der Arbeiten und der Kämpfe der Organisationen, insbesondere die tariflichen, ihnen ja schließlich doch zugute kommen. Wie wenig diese Meinung begründet ist, ergibt sich aus folgender Stelle einer Antwort des Reichsarbeitsministers an den Reichstag auf eine diesbezügliche Anfrage:

Die Mitglieder der Betriebsvertretungen haben in Erfüllung der gesetzlich ihnen obliegenden Pflichten die Beschwerden aller Arbeitnehmer, gleichviel, ob sie überhaupt einer Gewerkschaft oder welcher Gewerkschaftsrichtung sie angehören, gemäß § 78 Nr. 4 BGG. zu untersuchen und auf ihre Abheilung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken. Jedoch kann aus dieser Aufgabe der Betriebsvertretungen nicht der Schluß gezogen werden, daß Arbeitnehmer, die überhaupt keinem Verband oder einem am Tarifvertrag nicht beteiligten Verband angehören, Ansprüche aus diesem Tarifvertrag ausüben, sofern dieser nicht für allgemeinerbindlich erklärt worden ist.

Die Betriebsvertretungen brauchen also solche „Arbeitskollegen“, die den Organisationen fernbleiben, bei ihrer etwaigen Forderung nach tariflicher Bezahlung keineswegs Hilfe leisten. Und die Organisationen werden es sich selbstverständlich immer erst wohl überlegen, ob sie die Verbindlichkeitsklärung eines Tarifes herbeiführen sollen, wenn dieser allen vielen Tarifschmarozern zugute kommen sollte.

Erster Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes.

Am 2. und 3. Oktober hat in Düsseldorf eine Tagung stattgefunden, an der die nicht achsellos vorübergehenden und die jedem Gewerkschaftler Achtung abgewinnen wird. Es handelt sich um den ersten Gewerkschaftskongress her in der Afa zusammengekommenen angestelltenorganisations. In Erinnerung der Wichtigkeit dieser Tagung sind eine große Anzahl Gäste erschienen, von denen wir anführen: für den Reichsarbeitsminister Reichsministerialdirektor Dr. Sicker, für den Reichsarbeitsminister Geh. Ministerialrat Dr. Sicker, für den Reichsarbeitsminister Urban (Berlin), für die Stadt Düsseldorf der Oberbürgermeister, ferner Regierungspräsident Strömer. Die österreichische Arbeiter-Organisation vertrat Viktor Stein (Wien), den Internationalen Gewerkschaftsbund Amsterdam und den Afa-Bund Leipzig (Berlin). Der deutsche Metallarbeiter-Verband war durch seine beiden Vorstände Dikmann und Ketschel (Stuttgart) vertreten, der Bergarbeiter-Verband durch Waldhedecker (Dachau), der Transportarbeiter-Verband durch Kloeßel, der Verband der Bergarbeiter und Geiger durch Krummholz, die Afa durch Gandler. Die Berliner Gewerkschaftskommission durch Sabbath, die freigewerkschaftlichen Betriebsräte durch Erdel (Berlin).

Die politischen Parteien haben in Anbetracht der Bedeutung der Tagung ebenfalls Vertreter entsandt, und zwar Franz Krüger (Berlin) für die SPD, Fäker (Düsseldorf) für die Reichstagsfraktion der SPD, Frau Agnes und Merkel für die USPD, Dipl.-Ing. Dahl für die Demokratische Partei, Abgeordneter Seelenka. Die Tagung wurde durch die Regierung nicht ihren Sozialistischer zur Tagung delegiert.

Vom Reichspräsidenten Ebert, vom Reichsinnenminister, vom

Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, vom babilischen Arbeitsminister waren Begünstigungsscheine eingegangen.

Nach der Begrüßung durch Kaufhäuser konstituierte sich der Kongress und wählte Kaufhäuser und Urban (Berlin) zu Vorsitzenden. Aus der Reihe der Begrüßungsscheine ist besonders die von Leipzig kommene, welche im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Klugemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sprach und seine Freude darüber ausdrückte, daß der große Afa-Bund auf dem Amsterdamer Wege schreite. Der Saal, der früher Hand- und Kopfarbeiter trennte, sei überbrückt und man habe sich als gemeinsame Streiter gefunden.

Der in der Gewerkschaftsbewegung nicht unbekannt Prof. Dr. Einzheim sprach über die Fortbildung des einheitlichen Arbeiterrechts. Ueber „Reorganisation des Afa-Bundes“ hielt Bruno Süß (Berlin) das einleitende Referat, welches eine lebhafte Debatte zur Folge hatte. Eine besondere Kommission arbeitete einen Satzungsentwurf nebst freigewerkschaftlichen Grundfäden aus, welche vom Kongress einstimmig angenommen wurden. Aus den freigewerkschaftlichen Grundfäden ist besonders der § 3 von großer Bedeutung, der besagt:

„Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern:

1. die rückhaltlose Anerkennung des Vorrangs des arbeitenden Menschen vor dem des toten Bestandes,
2. die Befestigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit,
3. die Kontrolle der Warenerzeugung und -verteilung,
4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung,
5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erkliden deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Der bereits getätigte Kartellvertrag zwischen der Afa und dem ADB wurde nachträglich vom Kongress ebenfalls einstimmig sanktioniert.

Einem Antrag der kleinen und mittleren Verbände, daß auch Re eine Vertretung bei den ehrenamtlichen Vorständen finden, wurde ebenfalls stattgegeben.

Ueber Arbeitsschulen sprach Abgeordneter Lüdemann. Sein Referat ging dahin, daß Einrichtungen geschaffen werden müssen, in welchen Menschen aus unferen Reihen zu Volkswirten herangebildet werden. Heute liegen die Dinge so, daß mindestens 90 Prozent der geschulten Kräfte im Dienste des Privatkapitals ständen, weil dieses es verstanden hat, solche Einrichtung zu schaffen und die Menschen in seinem Geiste zu schulen.

In den Vorstand wurden hineingewählt: als Vorsitzende Kaufhäuser, Süß, Stähr; als stellv. Vorsitzende: Schneider, Urban, Leonhardt und Kietel.

Der Vorsitzende des ADB, Leipzig brüllte am Schluß seine Vertreibung aus über den zustande gekommenen Organisationsvertrag zwischen Afa- und ADB.

Der Verlauf des ersten Afa-Kongresses dürfte alle Gewerkschaftler befriedigen. Nicht nur die innige Zusammengehörigkeit der einzelnen Afa-Verbände lang harmonisch durch, sondern auch die schließende Tatsache, daß die Afa-Verbände fest auf freigewerkschaftlichen Boden stehen. Auch das ist erfreulich, daß sich der Kongress nicht in materiellen Forderungen verlor, sondern ernstlich an der sozialen Fortentwicklung gearbeitet hat. Wir Bergarbeiter sind erfreut, mit den Angestelltenorganisationen auf einem Wege marschieren zu können.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa).

Es herrscht noch immer Unklarheit darüber, welche Verbände dem Afa freien Angestelltenbund (Afa) angehören, deren Mitgliedern beim Uebertritt die erworbenen Organisationsrechte angerechnet werden müssen. Wir lassen daher die dem Afa freien Angestelltenbund (Afa) angeschlossenen Verbände nochmals folgen:

- Zentralverband der Angestellten, Berlin SO. 26, Oranienstr. 40/41.
- Bund der technischen Angestellten und Beamten, Berlin NW. 52, Weststr. 7.
- Deutscher Vermeister-Verband, Düsseldorf, Schützenstr. 13/11.
- Allgemeiner Verband der deutschen Kantarbeiter, Berlin W., Franz-Josephstr. 21.
- Deutscher Föderalmaschinen-Verband, Essen-Ruhr, Bergerhauserstraße 27.
- Deutscher Kollierbund, Braunschweig, Münzstr. 9.
- Selbstständiger deutscher Binnenangehörigen, Berlin W. 62, Reichstr. 11.
- Internationale Artistenloge, Berlin NW. 7, Friedrichstr. 94a.
- Verband der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktrizen, Berlin W. 55, Wauerstraße 86/88.
- Verband deutscher Schiffingenieur und Seemaschinen, Hamburg 3, Mühlentorstr. 50.
- Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten, Berlin SW. 48, Endeplatz 6.

25 Jahre Staats- und Gemeinbedarbeitsverband.

Die „Gewerkschaft“, das Blatt des Staats- und Gemeinbedarbeitsverbandes, ist als Erinnerungsnummer für das 25jährige Bestehen des Verbandes in festlichem Gewande erschienen. Die „Gewerkschaft“ gehört zu den Blättern, die sich durch Inhalt und Form nach der politischen Umwälzung, die auch den Staats- und Gemeinbedarbeitsverband größere Bewegungsfreiheit brachte, sehr „herausgemacht“ hat, so daß sie manchem alten Gewerkschaftsblatt zum Vorbild dienen kann. Die Festnummer hat ein sinniges Titelbild und dann zunächst Artikel über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor 25 Jahren“ und „Aus der Geschichte unseres Verbandes“. In den Stimmungsstücken aus den Bezirken gefeilt sich ein stolzer, begeisterter und kameradschaftlicher Aufruf: „Brüder der Arbeit“. Sehr schön ist auch der literarische Rahmen zu dem Gedicht: „Du Arbeitsheld bestreite dich!“ Die Fest- und Erinnerungsnummer wird den Mitgliedern viele Freude machen. Wäge der Verband weiter wachsen und gedeihen und alle Staats- und Gemeinbedarbeiter in seine festlich handelnde Kameradschaft bringen!

Futtertrippengewerkschaft.

Nach dem nationaler und völkerechtlicher Auffassung ist die Demotisierung der Verwaltung gleichbedeutend mit Futtertrippengewerkschaft, während unter dem alten Regime ausschließlich die Befähigung maßgebend war und Bevorzugungen nicht statthanden. Stellen wir daher fest, wie es im Jahre 1915 in einzelnen Provinzen ausfiel:

1. Provinz Sachsen.
 - Reg.-Bez. Magdeburg: 14 Kreise, 3 Bürgerl., 11 abtlige Landräte, 14 Kreise, 2 Bürgerl., 14 abtlige Landräte, Erfurt: 9 Kreise, 5 Bürgerl., 4 abtlige Landräte,
 - auf. 39 Kreise, 10 Bürgerl., 29 abtlige Landräte.
2. Provinz Brandenburg.
 - Reg.-Bez. Potsdam: 14 Kreise, 2 Bürgerl., 12 abtlige Landräte, Stralsund: 17 Kreise, 4 Bürgerl., 13 abtlige Landräte,
 - auf. 31 Kreise, 6 Bürgerl., 25 abtlige Landräte.
3. Provinz Pommern.
 - Reg.-Bez. Stettin: 12 Kreise, 2 Bürgerl., 10 abtlige Landräte, Rügen: 11 Kreise, — Bürgerl., 11 abtlige Landräte, Stralsund: 4 Kreise, — Bürgerl., 4 abtlige Landräte,
 - auf. 27 Kreise, 2 Bürgerl., 25 abtlige Landräte.

Die diese Zahlen betreffen, betreffen unter der tiefgeprüften Monarchie die Junker die schärfste Futtertrippengewerkschaft und in geradezu übertriebener Weise wurde der Adel bevorzugt. Diese Zustände empfinden die Deutschen als ideal, schimpfen über sozialdemokratische Futtertrippengewerkschaft und finden im Bürgerium und sogar noch zum Teil in der Arbeiterklasse treue Seelen, die solche Scheinheiligkeiten der Stützen für Thron und Altar für recht und berechtigt halten. Dabei waren auch die wenigen bürgerlichen Landräte nicht etwa freilich gesinnt, sondern selbstverständlich ebenfalls, ja meist noch framerer Konservern und Monarchisten als die abtligen. Und in der Republik sitzen noch heute deutschnationale, monarchistisch gesinnte Landräte gern an der Futtertrippe und nehmen von der Republik ebenso gern Bezahlung an wie vom König. Auch in der Republik sind heute noch eine ganze Anzahl Landratsämter Hochburgen der Reaktion.

Wortführer.

(Wilhelm Liebknecht: Was der Verrat von Hochverrat und Revolution.)

In meiner frühesten politischen Jugend litt ich unter anderen Anbetrachtungen auch an der des Wortführers. Es war mir unerträglich, im Radikalismus des Denkens und Lebens übertrieben zu werden; und das passierte mir auch nicht leicht, und wenn es mir einmal passierte war, dann dauerte es nicht lange, so hatte ich den

geschwungen. Eines schönen Tages wurde ich aber von dieser Krankheit befallen, und zwar durch einen belgischen „Sozialisten“, welcher mir — vor nun 40 Jahren — im kommunistischen Arbeiterverein in London den Nachweis lieferte, daß ich, der gegen die von ihm vorgelegene Abschlachtung aller Bourgeois und Despoten, samt Kindern und Kindeskindern bis im Mutterleib und gegen die „freie Naturliebe“, nach Art der Hunde, einige belächelnde Einwände erhob, — ein erbärmlicher „Reaktionär“ war, und das „angeborene Bourgeoisblut“ noch nicht „ausgeschwitzt“ hatte. Ich gestehe, der Vorwurf schmerzte mich tief und gab mir zu denken. Ich sah mir meinen revolutionären Kritikus näher an und zog Erkundigungen ein. Das Ergebnis war höchst interessant. Von sehr wohlunterrichteter Seite kam eine Warnung und Mitteilung, daß dieser scheinbarliche Revolutionär ein auf dem Jesuitenseminar erzogener Holzschindler sei. Seitdem habe ich vor den „Radikalen“ einen heiligen Respekt — oder vielmehr gar keinen. Wer sich des Kritikus und der Größe des Kampfes bewußt ist, den wir zu kämpfen haben, der wird gemessener im Ausdruck und ruhiger sein, als der dieses Bewußtsein nicht hat und prahlerisch mit Worten und Sätzen um sich wirft, von deren Tragweite er keinen Begriff hat.“

Internationale Rundschau.

940 000 Gewerkschaftsmitglieder in Oesterreich.

Die Gewerkschaftskommission Oesterreichs hat ihre Statistik über das vergangene Jahr fertiggestellt. Aus den Zahlenreihen hebt sich eine Zahl vor allem hervor: am 31. Dezember 1920 gehörten den Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen 940 000 Arbeiter und Angestellte an. Seither ist nach den Berichten der Verbände die Zahl der Organisierten um ungefähr 50 000 weitergewachsen, so daß heute schon wenigstens 990 000 Männer und Frauen vereinigt sind, beinahe ein Sechstel der Gesamtbevölkerung der Republik, beinahe ein Drittel aller erwachsenen Menschen im Lande den freien Gewerkschaften angehören.

Vor dem Kriege zählten die freien Gewerkschaften auf dem heutigen Gebiet der Republik nicht mehr als 253 137 Mitglieder. Als dann die Einberufungen kamen, schrumpfte die Mitgliederzahl schnell zusammen; im Jahre 1916 waren nur noch 103 739 Mitglieder übrig geblieben. Erst im Jahre 1917, als sich die revolutionäre Kampfbewegung in der Arbeiterklasse zu verbreiten begann, ging es wieder aufwärts. Ende 1918 hatten die österreichischen Gewerkschaften wieder 293 147 Mitglieder erreicht. Die Frauen, die vor dem Kriege nur ein Zehntel der Mitglieder zählten, stellen jetzt ein volles Viertel. Waren vor dem Kriege nur 26 700 Frauen, so sind jetzt 223 000 organisiert.

Gerade im letzten Jahre hat sich die Freiwirtschaft der bestehenden Klassen gegen die freien Gewerkschaften immer wieder ausgetobt. Immer wieder propagierten Christlichsoziale und Großdeutsche im Nationalrat die sinnlosen Debatten über den „Terrorismus“ der Gewerkschaften. Immer wieder suchten sie der Sozialpolitik eingureden, daß es außerhalb der freien Gewerkschaften, im Wettbewerb mit ihnen noch andere Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gebe. Das Ergebnis all dieser Verhöhnungen zeigt die Statistik. Was bedeuten die paar Wirtelvereine mit ihren paar tausend Mitgliedern neben dem Riesenzehrer der 990 000? Wo ist neben den 900 000 für eine christlichsoziale, eine deutschnationale Arbeiterbewegung noch Raum? Einig und geschlossen steht die Masse der österreichischen Arbeiter und Angestellten im Lager der freien Gewerkschaften — das ist die unzweideutige, unüberlegliche Lehre der Statistik der Gewerkschaftskommission.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der „Segen der freien Wirtschaft“ vor der Strafkammer.

Am 3. Oktober begann endlich der Prozeß gegen die „Stines“ in dem wegen Betrug. Vorausschicklich wird der Prozeß mindestens vierzehn Tage lang dauern. Das Aktenmaterial ist so umfangreich, daß es — um nicht die Verhandlungen zu behindern — gar nicht in den Verhandlungssaal geschafft werden kann. Angeklagt sind der Betriebsinspektor Polzin, jetzt Kaufmann, welchem in der Kriegszeit die Stinesgeschwister Viktoria Mathias, Ernestine und Graf Beust unterstanden, und die Betriebsführer Sture und Wrede. Den Beklagten wird zur Last gelegt, durch betrügerische Machenschaften das Reich um große Summen geprellt zu haben. Dem Betrag liegt folgendes zugrunde:

In der Kriegszeit wurden den Zechen Kriegsgefangene zur Arbeit überwiesen. Nach den vorgezeichneten Richtlinien seitens der Ministerialbehörde und den abgeschlossenen Verträgen sollte die Entlohnung der Kriegsgefangenen auf derselben Grundlage wie bei den deutschen Arbeitern und nach der Leistungsfähigkeit erfolgen. Der verdiente Lohn gebührte reiflos der Geeserverwaltung. Davon bekamen die Zechen zunächst die für die Gefangenen herausgabten Unterhaltungskosten (Kost, Logis usw.) zurück, ferner bekamen die Gefangenen davon gewisse Prozentanteile in Bargeld ausgezahlt, und den Ueberschuß erhielt die Geeserverwaltung, wovon sie die Unterhaltung der Wachsmannschaften und andere Ausgaben bestritt. Die Zechen mußten nun die Geeserverwaltung auf eine sehr plumpe Art zu betrügen, so daß nur sehr geringe oder überhaupt keine Ueberschüsse für diese abfielen, ja, sie betrogen so gut, daß die Geeserverwaltung ihnen oft noch Geld hin zu zahlen mußte. Geizig, vor dem Vergnügen und die geleistete Arbeit der Kriegsgefangenen kennt, fragt sich, wie doch nur so etwas möglich ist, wie es möglich ist, daß die Unternehmerreckerei mit solchen durchsichtigen, plumpen Anfinnen sich an die Geeserverwaltung wenden konnten, und daß es in letzterer solche Tölpel gab, die darauf eingingen? Nur zwei Möglichkeiten gibt es, welche die Wunder begünstigt haben, entweder völlige Unfähigkeit des Militärbeamtenums oder — Korruption.

Die Gefangenen wurden sowohl im Schichtlohn als auch im Gedinge beschäftigt. Die im Gedinge Beschäftigten wurden zunächst zu niedrig entlohnt. Jeder Bergmann weiß, daß ein guter Teil der Gefangenen, nachdem sie sich eingearbeitet hatten, oft so viel leisteten wie der freie Arbeiter. Man greift nicht zu hoch, wenn man die Durchschnittsleistung der Gefangenen mit 70 bis 80 Prozent einschätzt. Das wissen auch die Beamten. Oft wurde von den gedingeabwickelnden Kreisstellen verlangt, daß dieser oder jener Gefangene höher eingesetzt werden sollte, was aber abgelehnt wurde, weil die Beamten nicht über einen gewissen Prozentsatz hinausgehen durften. Im Anfang wurden die Gefangenen mit nur 50 bis 60 Prozent ins Gedinge eingesetzt, später, als die Löhne der freien Arbeiter stiegen, wurden die Prozentätze der Gefangenen weiter nach unten gedrückt bis auf 30 und 25 Prozent.

Dieses mit den Ortsältesten abgeschlossene Gedinge wurde am Monatsanfang in Schichtzettel verrechnet. Bei der Uebertragung ins Steigerjournal wurde eine Fälschung vorgenommen, indem man die beim Gedingeabschluß festgelegten prozentualen Leistungsätze der Gefangenen heruntersetzte. Weil sich dadurch logischerweise die Schichtanzahl der Kameradschaft verringerte, hätte auf die nun noch vorhandenen Schichten ein höherer Lohn herauskommen müssen, wie er in Schichtzetteln vorhanden war. Um das zu verhindern, wurde entweder nicht verbraucht Sprengstoff eingesetzt oder man reduzierte das Wasser- oder Mengengeräte so viel herunter, daß ein Ausgleich im Schichtdienst zustande kam und die freien Arbeiter diesen Schwindel nicht merken konnten.

Um den Schwindel noch krasser und plumper zu gestalten, wurde eine weitere Reduzierung dadurch vorgenommen, daß man bei der Uebertragung in die für die Geeserverwaltung bestimmten Gefangenenlisten nochmals niedrigere Sätze einzeichnete.

Das Schlichtzettelgefühl der Belegschaftsmitglieder — der Beamten und Arbeiter — brachte die Geschichte an den Tag. Unsere Essener Belegschaft wurde mit Material überhäuft. Beim Staatsanwalt wurde Anzeige erstattet, und wenn die mündlichen Verhandlungen so lange hinausgeschoben wurden, so ist dies bei der Fülle des Aktenmaterials zu verstehen.

Wir müssen es uns verfallen, heute schon näher auf den Prozeß einzugehen. Was wir heute zu sagen haben, ist folgendes: Es sind nicht die drei Angeklagten, welche vor Gericht stehen, und die mit möglichst dummen Geschickern und Harmlosereit Mitleid erwecken wollen; vor der Essener Strafkammer steht ein Schlem, nicht der „Segen der freien Wirtschaft“, der „legensreiche Initiativgeist“, welcher in den Verhandlungen schickweise entwirrt wird. Schon nach einigen Verhandlungstagen präsentiert sich dieser als ein räuberischer, betrügerischer Geselle, dessen Gewinnsucht keine Grenzen und keine Schranken kennt. Man denkt unwillkürlich an die Kriegszeit zurück, steht im Todeskrampf zuckendes Volk, dem ein Kaszger — Privatkapitalismus — die letzten Hundstropfen auslauge.

Man glaube nicht, daß die Stinesgeschwister allein diesen Betrag des Volkes betrieben haben. In letzter Zeit sollten — aus demselben

Werkvereins beschlagnahmen werden. „Alles verbrannt“, wurde von den Verwaltungen erklärt. Die Zutrittsbehörde ist an dem Verbrennen der Bergwerke nicht unfehlbar, denn monatlang ist ihr die Sache bekannt gewesen und durch schnelles Zugreifen wäre das Verhüten verhindert worden.

Von den Bergmannswohnungen.

Fünf Wochen hat die „Union“ gebraucht, bis ihr aus unsere freundliche Bezeichnung in Nr. 34 „Siedlungsbauteil und Sozialpolitik“ eine Antwort eingelaufen ist, die sie nun in Nr. 36 vom 22. September mitteilt. Wenn diese Antwort nicht die Folge stark beschränkter Auffassungsvermögen ist, so ist sie wieder ein Versuch durch wider besseres Wissen gemachte Ausführungen ihre bedauerlichen Leser zu täuschen. Sie stellt die unter der Aufsicht der Arbeitsgemeinschaft stehenden neuen Siedlungsbauteile in Vergleich mit den alten Bergmannswohnungen und meint, es wäre nur eine kleine Verschiebung des goldenen Mittelweges, wenn die Werkkolonien Siedlungsbauteile des Unternehmertums, heute die Bauteile der Bergmannsgemeinschaften. Ueber diese Farbenfrage mit der Union sich zu unterhalten, ist nutzlos; denn sie ist farblos. Aber ein normaler Mensch sollte den Unterschied doch begreifen, der darin liegt, daß in den Bergmannswohnungen allen Stills der Arbeiter mit Haut und Haaren dem Wert ausgesetzt war, und in den heutigen Siedlungsbauteilen der einzelne Arbeitgeber gar nichts, die Arbeitgeber der Arbeitsgemeinschaft insgesamt nur innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen überkaufen etwas und nicht mehr zu sagen haben, als die Arbeiter. Wenn es der gesunde Sumpf wäre, wären nicht so viele Unorganisierte (darunter auch die Unionisten) in die Wohnungen gekommen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und auf Grund der persönlichen Bedürftigkeit.

Diese Ausführungen der „Union“ sind auch mehr eine Rückschlussschlange. Sie hat noch einen letzten Krampf: Die Kapitalisten ziehen aus den Millionen für die Bauten ihre Dividenden. Daß das zu einem kleinen Teile noch geschieht, z. B. bei den Kalk-, Zementwerken usw., beklagen wir auch. Vielleicht ist es aber trotz der Annahme, die die „Union“ durch ihr Blatt unter ihren Lesern verbreitet, dort bekannt, daß seitens der freien Gewerkschaften auch dagegen energig und erfolgreich gearbeitet wird, durch die sozialen Baubetriebe? Daß es nur eine Frage der Zeit und der Ausführung unter den Arbeitern ist, wann diese Bestrebungen zum Erfolge führen? Nein, sich um etwas zu kümmern, ist zu anstrengend, lieber schimpfen, das ist einfacher.

Neurdingen taucht nun, das mag bei dieser Gelegenheit erörtert werden, in Bergarbeiterkreisen die Meinung auf, die Bauarbeiter der sozialen Baubetriebe seien an die Stelle der Kapitalisten getreten und ihre hohen Löhne an die Stelle der Dividenden. Derartige Auffassungen können nur dadurch aufkommen, daß die Arbeiterdienste einzelner Bauarbeiter herangezogen werden; denn die Stundenlöhne sind durchaus normal. Wenn der Bauarbeiter aber im Afford arbeitet und dann hohe Löhne nach Hause trägt, dann hat er eben auch sehr viel geleistet. Die Organisation sucht die Affordarbeit einzudämmen, die Wohnungsnot und der Mangel an gelehrten Bauarbeitern machen die Bemühungen der Organisation zum Teil zunichte. Vom Standpunkt der Bergarbeiter aus liegt es nahe, in der intensiven Arbeit der Bauarbeiter, die die Folge des Affordlohnens ist, einen Vorteil für den Wohnungsbau zu erblicken, zumal die scharfe Kontrolle Pflichtarbeit verhindert. Lieber wäre es uns aber, und auch im Sinne der Bestrebungen der sozialen Baubetriebe, wenn der Bauarbeiter auch bei Zeitlohn das Gleiche leistete. Trotzdem aber dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, ihnen vorzuwerfen, daß ihr Affordverdienst der Dividende des Kapitalisten gleich zu setzen ist und uns die Bauten verleihe. Die Entwicklung wird auch die jetzt noch im Afford arbeitenden Kollegen darüber aufklären, daß ihr eigener, wohl verständener Vorteil auf einer andern Linie liegt, und damit werden wir ein gut Stück weiter auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiter vom wirtschaftlichen Joch gekommen sein.

Die Tochter der Revolution auf dem Sterbebett.

Auf der Konferenz der Unions in Halle sagte Herr Berlin in seinem Referat: „Die Geburtsstunde der Union war die Revolutionszeit und mit Recht kann diese revolutionäre Gewerkschaftsbewegung als die Tochter der Revolution betrachtet werden.“ Betrachten wir uns dieses Kind der Revolution etwas näher, so stellen wir fest, daß eine Mißgeburt gezeugt wurde, die, wenn nicht alles täuscht, den Stimmen des Lebens nicht standhalten wird. Schon der Kopf (d. h. die geistigen Köpfe der Union) war dünn und höhl, und auch die ersten Schritte gaben zu allerlei Besorgnissen Anlaß. Augenblicklich scheint die Union eine hohe Kränze durchmachen zu müssen. Es besteht eine starke Opposition seitens der Mitglieder gegen ihre „Konzepte“ in der Geschäftsleitung. Warum? Die Mitglieder bezahlten ihre Beiträge (wenn auch weniger als wir), wissen aber nicht, wo das Geld bleibt. Die Mitglieder hatten ihre Hoffnung auf Halle gesetzt, aber statt Affordbericht wurde eine Druckfehler-Berichtigung gegeben. Nicht nur der Affordbericht ist zu wünschen übrig, sondern die ganze Konferenz gliedert sich in einen Affordbericht, und das „Sine qua non“ heraus aus den Gewerkschaften, und verlag hier die wichtigsten Punkte, die letzten Fragen.

Ueber Sozialisierung wurde wenig oder gar nichts gesagt, wahrscheinlich schämte man sich des Entwurfs des unionistischen Sozialisierungsprogramms. Hier sei der berühmte Paragraph 6 Ziffer 6 gebadet: „Sind Betriebsgemeinden nicht zu verzeichnen, oder deckt die Gesamtsumme der Gewinne nicht die Gesamtsumme der etwaigen Unterbilanzen, so hat das Reich die notwendigen Zuschüsse zu leisten.“ Allerdings hat sich die Union, als man dieses als eine bloße Idee bezeichnete, damit entschuldigt, daß es „nur ein Vorstadium“ sei. Ueberhaupt scheint die Union nur noch aus Druckfehler-Berichtigungen und Vor-Vorstellungen zu bestehen. Die Mitglieder mögen wohl bald zu viel von diesen Vorstellungen bekommen haben und opponieren jetzt gegen die Druckfehlerberichtigungen. Wenn nun, nach zwei Jahren, „das Kind der Revolution“ immer noch mit einem idiotischen Wasserlopp herumläuft und immer noch nicht auf eigenen Füßen stehen kann, so kann das bloße nicht als eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung bezeichnet werden.

Offen wir, daß der Bazillus, welcher diese Mißgeburt ins sichere Grab schafft, mit dieser berufen wird, und der Gewerkschaftsbewegung damit eine Ehrenrettung zugute kommt. A. S.

Bekehrter Verleumder!

Einen bösen Geringfügigen erlebte der Bergmann Adolf Geste, der in seiner Eigenschaft als kommunistisch-unionistischer Weltbegluder über den Mann des Betriebsrates der Zeche General in Weimar, den Kameraden Kauermann, das Gerücht verbreitete, daß derselbe sich mit kühnem Mut von der Verwaltung der Zeche habe distanzieren lassen. Ferner solle der Mann in einer gemeinsamen Sitzung des Betriebsrates mit der Betriebsverwaltung gewappnet haben, daß die Verwaltung solche Leute, die ihre Pflicht nicht erfüllen, vor eine herartig schledige Arbeit stellen, daß sie von selbst laufen gingen. Diese Behauptungen hielt er auch dann noch aufrecht, nachdem Kauermann ihn in ernster Weise verwahrt und auf die Folgen aufmerksam gemacht hatte. Dem Betriebsratmann Kauermann blieb nichts anderes übrig, als dem Verleumder des Betriebsrates nachzukommen und bemerken an Gerichtsstelle Gelegenheit zum Nachweis zu geben. Vor Gericht trüfte Rosig Geste elendig zusammen. Auch nicht den Schatten eines Beweises vermochte er für seine niederträchtigen Verleumdungen zu erbringen. Trotzdem erklärte der Mann Kauermann, daß ihm an einer Bestrafung des Angeklagten nichts gelegen sei, sofern der Angeklagte die ihm zugelegte Beladung öffentlich zurückzunehmen und die Kosten des Gerichtsverfahrens zu tragen bereit sei. Geste erklärte sich bereit, die Beladung zurückzunehmen, jedoch müsse Kauermann die Kosten des Verfahrens übernehmen, eine Zumutung, die selbst bei den Richtern keine Gegenliebe fand. Jedenfalls lehnte es Kauermann ab, für die gemeine und unbesonnene Handlungsweise des Angeklagten man auch noch die Kosten zu bezahlen. Der Angeklagte hat es sich somit selbst zuzugewendet, daß ihm das Gericht zu einem Monat Gefängnis und Zahlung der Kosten des Verfahrens verurteilte. Eine gewöhnliche, aber nicht unbedeutende Strafe, wenn man bedenkt, in welchem betandwürdiger und niederträchtiger Weise Geste mit der Ehre anderer Menschen herumgesprungen ist und alles nur aus Partei und Gewerkschaftsanatismus.

Anmerkungen nach Rumänien.

Wir haben schon mehrmals auf die Anwerbung nach Rumänien hingewiesen. Jeder, der sich nach Rumänien anwerben läßt, fällt Sklavenhändlern in die Hände. Wie uns das Landesarbeitsamt mitteilt, sollen sich nicht nur in Rumänien, sondern auch in Spanien, rumänische Ingenieure aufhalten, mit der Absicht, Bergarbeiter nach Rumänien zu verschleppen.

Wir begreifen nicht, daß solches bei uns noch möglich ist. Wenn die Polizei nun einmal nicht den Mut aufbringt, diesen Sklavenhändlern

das Sandwerk zu legen, dann sollte man meinen, daß unsere Kumpels noch über ein paar derbe Stöße verfügen, mit denen sie solchen Leuten Achtung vor dem deutschen Bergmann einflößen können.

Organisation im Leben!

„Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsauswallung, ist staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortragenden verhallt, das Wort einer Schrift wird überhört von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest Organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen. Doch, was bedarf es der Worte! Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte fester, planvoller Organisation.“

Naturgeschichte eines Streikbrechers.

Im Schwedischen Bezirk Sanna erfolgte während eines Streiks in den Schieferwerken ein Anschlag, der folgende: „Als Gott seine letzte Arbeit vollendet hatte, nämlich die Klapperschlange, den Frosch und den Mäusel, blieb noch ein Stoff zurück, eine eigentümliche Substanz, aus der er den Streikbrecher schuf. Der Streikbrecher ist ein zweifelhaftes Tier, das eine Seele wie einen Korkezieher, ein Hirn voll Karottensäfte und einen Rücken aus Lehm und allen Gemütskräften besitzt. Da, wo der Mensch das Herz hat, trägt der Streikbrecher ein Gewächs von verfaulten Substanzen. Geht er über die Straße, so schreit ihm die Menschen den Rücken; die Engel im Himmel vergießen Tränen, und der Teufel schlägt die Worte der Hölle vor ihm zu. Judas Ischariot war ein Gentleman im Vergleich zum Streikbrecher. Ihm war so viel menschliches Gefühl geblieben, daß er sich erhängte; aber ein Streikbrecher tut das nicht.“

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Freiheit, Gleichheit u. Brüderlichkeit als Deckmantel der Gelben.

Klaret ist niedrig; aber eine klaretische Gesinnung in der Freiheit ist verdächtig.

Es ist eine allbekannte Erscheinung, daß Schlagworte und Forderungen, die bei ihrem ersten Auftreten etwas ungemein revolutionäres darstellten, nach längerer oder kürzerer Zeit anfangen, sich in ihr Gegenteil umzuwandeln und schließlich den Deckmantel für allerlei dunkle reaktionäre Absichten abgeben müssen. Das zeigt sich am besten an den Forderungen der großen französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Unzweifelhaft waren das damals revolutionäre Forderungen und haben auch revolutionär gewirkt. Daß diese Forderungen durch das Aufkommen der kapitalistischen Wirtschaft zu bloßen Schlagworten herabsanken und schließlich für die Arbeiterklasse, die gestungen war, ungefaßt aufzutreten, ohne jede Bedeutung blieben, — eben am treffendsten Karl Marx und Friedrich Engels bewiesen. In dem kapitalistischen Paradies der „angeborenen Menschenrechte“ verwandelte sich der Begriff „Freiheit“ in unbeschränkte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, derjenige der „Gleichheit“ in formale Gleichheit vor dem Gesetz. Das Gesetz aber wurde beinahe ausschließlich durch die wirtschaftliche Macht der Besitzenden. Die Brüderlichkeit schließlich um in rücksichtslosem Konkurrenzkampf gegen den Nebenmenschen. Gerade die beiden Altmeister des Sozialismus haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die drei Schlagworte als sinnlos für eine durch den Kapitalismus ausgeplagte und ausgebeutete Arbeiterklasse bekämpft. Sie haben an ihre Stelle gesetzt das Ringen der Arbeiterklasse um Freisetzung derjenigen Kräfte, die zu einer, der kapitalistischen überlegen, sozialistischen Wirtschaftsweise hinführen, einer Wirtschaftsweise, in der die formale Gleichheit vor dem Gesetz zu einer wirtschaftlichen Gleichberechtigung führt. Heute ist dies nicht möglich, infolge des erbitterten kapitalistischen Existenzkampfes aller gegen alle.

Unter den Stützen des suchselbsten kapitalistischen Systems sind für die organisierte Arbeiterklasse besonders diejenigen Elemente beachtenswert, welche aus den Reihen der Arbeiterklasse kommen und uns bei unserem Bestreben nach Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz die Hände binden. Die „Gelben“, die vor dem Kriege mit Unerschrockenheit hochgeachteten sogenannten „Wirtschaftsfriedlichen“, betreiben heute (ein großer Teil der Schuld für die Erscheinung fällt den Kommunisten zu) ihr arbeiterfreundliches Tun mehr denn je. Erstaut ist man, wie diese Organisationen, deren Mitglieder sich vor dem Kriege nicht genug tun konnten im spezialisierten Lafaitentum, heute eintreten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Sie fordern heute Koalitionsfreiheit, die angeblich von den Klassenbewußten Arbeiterklasse bedroht wird, Gleichheit für die Unternehmer und Beflege von Brüderlichkeit, Kameradschaft und Geselligkeit. Sie sind heute die Kufen im Streit gegen den Terror — der Arbeiterklasse. Terror des Unternehmertums ist solchen Menschen etwas ganz Unbekanntes. Auch sind sie sofort zur Hand, wenn es gilt, die freigeorganierte Arbeiterklasse als eine Bande von rohen, ungebildeten Menschen hinzustellen. Nimmt man irgend ein Preisergebnis dieser im Nationalverband deutscher Gewerkschaften zusammengefaßten Arbeiterorganisationen zur Hand, so bemerkt man, in die französische Zeit von 1789 zurückverlegt zu sein. Aus den Spalten dieser „Gewerkschaftsblätter“ schallt es: Wir wollen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Sieht man aber näher zu, so findet man, daß das Erste bedeuten soll: Freiheit im Beschimpfen und Herunterreißen Andersdenkender; Gleichheit heißt dort hausherrschend vor den „Herrn“ und Brüderlichkeit dokumentiert sich in Berichten über äußerst wohlgehaltene, gemüllte Kaffee- und Langtränchen, Scheibenschinken, Abhaltung von schwarz-weiß-roten Jahrestreffen usw. usw. Wie gesagt, die Forderungen der großen französischen Revolution dienen heute als Deckmantel für Schändliche an der Arbeiterklasse.

Auch bei uns im halleischen Bezirk ereignet eine solche gelbe Sumpfpflanze, genannt „Deutscher Arbeiterbund“, eine rührige Tätigkeit im Interesse des Kapitalismus. Mit niedrigen Beiträgen und anscheinend hohen Unterstützungsleistungen sucht man die Dummen zu fangen, die belamlich nie alle werden. Schon die verschiedenerlei Unionen (mit denen die wirtschaftsfriedlichen Organisationen die Organisationsformel gemeinsam haben: Betriebsorganisationen; man erinnert sich hundert, daß es in Vorkriegszeiten hieß: Werkvereine) mühten den Vorwurf auf sich sitzen lassen, daß mit niedrigen Beiträgen kein geregelter Organisationsleben zu ermöglichen sei, geschweige denn die Auszahlung von Unterstützungen. Wir erheben hier die Frage, wer bezahlt dasjenige, was mit Mitgliedsbeiträgen unmöglich zu bedenken ist? Sehr viele Angelegenheiten sprechen dafür, daß der Nationalverband deutscher Gewerkschaften weiter nichts ist, als ein Ableger des Stinnescher Miesentrußes. Genau in dem Maße, wie der Großkapitalismus die Presse in seine Hände bringt, um die öffentliche Meinung zu forumpieren, dienen die Unionen in die Hände geschlossener gelber Organisationen dazu, die Arbeiterklasse geistig und moralisch zu zersetzen. Mit welchen Mitteln die Presse der Gelben arbeitet, um aus der Arbeiterklasse eine niedrige Masse zu machen, die in Selbstvergessenheit und Selbstverleumdung dahinvegetiert, der Wille des Unternehmertums gewärtig, ist schon weiter oben angedeutet. Heute spezifizieren diese Unionen des Klassenkampfes darauf, daß die abgeplante Arbeiterklasse, die sieben Jahre ununterbrochener Kämpfe hinter sich hat, ihnen eine leichte Beute werden kann. Mit welcher zynischen Offenheit diese Leute dabei vorgehen, zeigt ein Bild in Nr. 38 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ (Organ des deutschen Arbeiterbundes). Hier heißt es in dem Artikel „Keine Ueberhöhung der demonstrierenden Massen“: „Die Arbeiterbewegung im großen und ganzen kampfsüchtige geworden.“ Dann weiter: „Die vom Nationalverband deutscher Gewerkschaften in die deutsche Arbeiterbewegung eingeschalteten nationalen Einzeleinheiten wirken immer erzieherischer im nationalen Sinne.“ Also das nackte, bloße Eingeständnis, daß man hofft, die ermattete und erschöpfte Arbeiterbewegung mit Leichtigkeit und Hilfe von einflussreichen revolutionären Forderungen auseinanderbringen zu können. Das bestätigt die Vermutung, daß Unternehmertum im Spiele ist, denn in solchen Schurkenstreichen im Interesse des gierigen Kapitalismus können sich nur bezahlte Subjekte hergeben. Es zeigt uns das alles aber mit erschreckender Deutlichkeit, daß Eingetrigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse Vorbedingung zum endgültigen Siege ist, und damit mitzuarbeiten, muß trotz aller Klaret und Brüderlichkeit Aufgabe jedes Einzelnen sein. F. J.

Überbergamtsbezirk Breslau.

Befähigt die „Selbstverleumdung“!

Am 4. h. W. herumflüchten in Konradshof auf dem Dabtschacht in der zweiten Abteilung nach Beendigung der Mittagspause drei Kameraden zu Tode. Trotz Verbotes trugen sie auf dem bedenklichen Wagen des Aufzuges nach dem Schacht. Unterdessen entgleit ein Wagen des Aufzuges und rief eine Zerberstung weg. Durch das herein-

brechende Gestein wurden ein Bauer und zwei Schleppler verquält und konnten nach zweifelhafte Arbeit leider nur als Leichen geborgen werden.

Dieser Vorgang zeigt aufs neue, wie leichtsinnig manchmal auch von Seiten der Arbeiterschaft das Leben aufs Spiel gesetzt wird. Wenn unerfahrene Kameraden alle Vorsichtsmaßnahmen außer Acht lassen, ist dies verständlich, daß sich aber Sauer dazu ergeben, erscheint geradezu unglücklich. Nicht umsonst kämpft unsere Organisation seit Jahrzehnten für einen besseren Bergarbeiter-Schutz. Es kann und muß deshalb verlangt werden, daß diese Bemühungen von der Arbeiterschaft selbst unterstützt werden und die Schutzmaßnahmen, die getroffen werden, auch von den Arbeitern beachtet und durchgeführt werden. Pflicht aller verständigen Arbeiter ist es, die Kameraden, die dagegen verstößen, darauf aufmerksam zu machen, daß sie nicht nur leichtfertig ihr Leben aufs Spiel setzen, sondern auch den Führern der Organisationen ihre Arbeit erschweren. Oft müssen sich Betriebsratsmitglieder bei Unfalluntersuchungen von dem Bergwerksbeamten sagen lassen, daß die Mehrzahl der Unfälle auf Leichtsinnigkeit und Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Vorschriften zurückzuführen sind.

Die bergpolizeilichen Vorschriften sollen nicht als lästige Fesseln betrachtet werden. Scharfer Kampf hat es gekostet, bis diese Schutzvorschriften erlitten wurden, und nur zu dem Zweck kämpfen wir für diese, damit sie dem Bergmann als Schutz für Leben und Gesundheit dienen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 42. Woche (vom 9. bis 15. Oktober 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

An unsere Mitglieder!

Der unterzeichnete Vorstand beruft hiermit entsprechend den auf der 23. Generalversammlung in Gießen beschlossenen Richtlinien für die Betriebsräte unseres Verbandes auf Sonntag, den 6., und Montag, den 7. November 1921, ein.

1. Reichsbetriebsrätekongress

für den Bergbau ein. Der Kongress findet in Magdeburg statt im Lokale Wilhelmspark (Editha-Ring) und beginnt am 6. November, vormittags 9 Uhr.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Konstituierung des Kongresses.
- 2. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Referent Otto Gue.
- 3. Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. Referent Alb. Martmölter.
- 4. Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Referent Rich. Woldt.
- 5. Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. Referent Paul Umbreit.
- 6. Sonstiges.

An dem Kongress nehmen teil die auf Grund der Richtlinien gewählten Delegierten, der Gesamtvorstand, die Redaktion und Vertreter der Bezirksleitungen.

Etwaige Anträge müssen, wenn sie zur Beratung kommen sollen, bis zum 24. Oktober 1921 bei der Verbandsleitung eingereicht sein; dieselben können nur von Konferenzen und Mitgliederversammlungen gestellt und müssen getrennt von anderen Mitteilungen eingedandt werden. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben und muß der Name des Bezirks oder der Zahlstelle sowie der Tagesordnungspunkt angegeben sein.

Für Logis wird gesorgt. Diejenigen Teilnehmer, welche sich selbst Logis beschaffen wollen, müssen dies bis zum 16. Oktober unserer Bezirksleitung in Halle a. S., Ladenbergstraße 40, mitteilen.

Bochum, den 24. September 1921.

Mit Glück auf!

Der Verbandsvorstand: F. A.: Fr. Gusemann.

Auf Antrag der Zahlstellen Otholz, Gadowe und Carnap sowie der Bezirksleitungen Gattingen und Essen werden folgende Kameraden, die in Nr. 16, 17 und 21 der „Bergarbeiter-Zeitung“ wegen Nichtigkeitsbeschwerden und Nichtbeachtung der Generalversammlungsbeschlüsse aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen waren, nachdem sie schriftlich erklärt haben, in Zukunft die Satzungen des Verbandsstatuts sowie die Beschlüsse der Verbandsinstanzen und Generalversammlung zu beachten und danach zu handeln, hiermit wieder in ihre alten Rechte eingesetzt: Zahlstelle Otholz: Adolf Mühlender, Hauptnummer 333 902; August Borg, Nr. 254 535; Wilhelm Ohlwein, Nr. 369 904; Heinrich Rangelwipert, Nr. 26 179; Johann Schrage, Nr. 905 008; Wilhelm Reiff, Nr. 230 480; Zahlstelle Gadowe: Gustav Wagner, Hauptnummer 22 526; Wilhelm Sandmann, Nr. 26 130; Theodor Roslowski, Nr. 333 930; Karl Schröder, Nr. 26 139; Zahlstelle Carnap: Wilh. Frelau, Hauptnummer 58 962.

Folgende Mitglieder sind wegen Unterschlagung von Verbandsgebühren aus dem Bergarbeiter-Verband ausgeschlossen: Zahlstelle Mühlstein: Max Köhler, Hauptnummer 79 904; Germ. Heine, Nr. 83 731; Karl Stolze, Nr. 338 484; Julius Prüfer, Nr. 85 759; Friedr. Böfel, Nr. 167 396.

Rechtsschutz.

Der Ortsausschuß Herbest-Dorsten und Umgegend des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat für die Zahlstellen Herbest-Dorsten, Fostershausen, Wulken, Dorsten, Lembe, Melan und Kappe Rechtsschutz-Konten eingerichtet. Die Sprechstunden finden statt, jeden zweiten Dienstag, erstmalig am Dienstag, den 18. Oktober 1921, nachmittags von 1 bis 3 1/2 Uhr, im Lokale Gütter, Dorfenerstraße. Rechtsschutz und -Schutz wird allen freigebergschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten gewährt. Mitgliedsbuch ist stets mitzubringen.

Bücherrevisionen.

Bergbau II. Vom 9. bis 16. Oktober.
Dampfen I. Vom 16. bis 30. Oktober.
Welsch. Am Sonntag, den 23. Oktober.

Bibliothek.

Gelsen. Die Bibliothek ist vom 15. Oktober bis 15. November geöffnet. Die ausgeliehenen Bücher müssen bis zum 15. Oktober abgeliefert sein.

Neu erschienen! Die Berufsschule „Vorwärts“-Kalender 1922 als Glied der Produktionschule von Dr. Olga Essig Preis 2,50 Mk. H. Hansmann & Co. Bochum i. W. Preis 4,00 Mk.

Neu erschienen und durch uns zu beziehen: Lenin 21 Punkte. Preis 2,50 Mk. — Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. I. Die revolutionäre Propaganda in Deutschland. II. Die revolutionäre Propaganda vom Ausland her. Preis 17,50 Mk. — Der Feldherr Lubendorff. Preis 6,50 Mk. H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 39 — 40.